

Programm '85-90

171/15-Saar-85
1985

**Zukunft
für unser Saarland.
Dafür arbeiten wir.**

*Mit ganzem
Herzen dabei*

CDU

Saar

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Das Saarland vor einer historischen Entscheidung	5
Unser Saarland – deutsches Bundesland mitten in Europa	7
Sicherheit und Recht – für den inneren Frieden	10
Bürgernahe Rechtspflege	11
Entbürokratisierung ist geboten	11
Städte und Dörfer – Mittelpunkt für das Leben unserer Bürger	12
Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist Stärkung der Bürgerfreiheit	12
Kommunale Finanzausstattung bestimmt Freiheit der Selbstverwaltung	13
Arbeitslosigkeit – eine Herausforderung der Gesellschaft	14
Vorrang für die Soziale Marktwirtschaft	16
Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – ein zentrales Anliegen	17
Unterstützung durch die Bundespolitik ist unverzichtbar	17
Handlungsmöglichkeiten im Land nutzen	18
Stahlindustrie bleibt für die Saarlwirtschaft bedeutsam	18
Sichere Energieversorgung durch Kohlevorrangpolitik	20
Gründungsklima verbessern	21
Entwicklungspotential der kleinen und mittleren Unternehmen erweitern und aktivieren zur Schaffung neuer Arbeitsplätze	21
Forschung und Entwicklung intensivieren	23
Bildungsangebot beeinflußt wirtschaftliche Entwicklung	23
Investitionen weiter über die Gemeinschaftsaufgabe fördern	23
Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur	24
Für eine leistungs- und entwicklungsfähige Landwirtschaft	24
Fremdenverkehr – Gastliches Saarland für Ferien und Freizeit	25
Freiheitliche Medienpolitik	26
Die Umwelt – ein hohes Gut	27
Umwelt und Wirtschaft – keine Gegensätze	27
Der Wald darf nicht sterben	27
Reine Luft – auch im Ballungsgebiet	28
Saubere Gewässer – gesundes Wasser	28
Schutz für unseren Boden	29
Müll – nicht nur zum Wegwerfen	29
Lärm muß nicht sein	29
Arten- und Biotopschutz – eine wichtige Aufgabe	30
Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung	30
Gleichberechtigung der Frau	31
Frauenbeauftragte der Landesregierung	32
Hilfestellung für Alleinerziehende	32
Gesichertes und sinnerfülltes Leben auch im Alter	33
Grundsätze unserer Sozialpolitik	35
Behinderten helfen	35
Gefährdete nicht alleine lassen	36
Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern Heimat geben	36

Ausländische Mitbürger unterstützen	36
Qualität des Gesundheitswesens weiter steigern	36
Sozialstationen leisten hervorragende Arbeit	37
Unserer Jugend gehört die Zukunft – Einsteigen statt Aussteigen	37
Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit	38
Ausbildung – Grundstock der beruflichen Zukunft	39
Jugendarbeit – mehr als Freizeitgestaltung	40
Jugendschutz besonders wichtig	41
Jedem seine persönliche Bildungschance	41
Gegliedertes Schulsystem statt Einheitschule	41
Schule in Freiheit und Verantwortung	42
Vorrang der inneren Stabilisierung vor organisatorischen Änderungen	42
Mit beruflicher Bildung die Zukunft sichern	44
Förderung von Forschung, Wissenschaft, Hochschulen von grundsätzlicher Bedeutung	45
Erwachsenenbildung – ein bedeutsamer Bereich	46
Pflege und Erhaltung des kulturellen Erbes – Förderung der Kunst	46
Sport für alle	46
Unser Saarland – für eine Zukunft in Freiheit, Sicherheit und Frieden	47

Das Saarland vor einer historischen Entscheidung

Die Bürger des Saarlandes haben am 10. März 1985 eine wichtige Entscheidung zu treffen. An diesem Tag wird der neue Landtag des Saarlandes gewählt. Seine Zusammensetzung wird die grundsätzliche politische Richtung unseres Landes auf Jahre hinaus bestimmen.

Der 10. März 1985 kann für die Zukunft des Saarlandes von historischer Bedeutung sein. Denn im kommenden Jahr haben unsere Landsleute nicht nur unter verschiedenen Parteien zu wählen. Sie haben über zwei grundsätzlich unterschiedliche politische Richtungen, über die Festigung oder über eine Veränderung unseres demokratischen Systems zu entscheiden.

Die Politik der CDU Saar steht

- für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freien westlichen Völker;
- für die Erhaltung von Frieden und Freiheit;
- für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung;
- für technischen Fortschritt und Innovationen;
- für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- für einmütiges, geschlossenes Handeln, wenn es um existentielle Interessen unseres Landes geht;
- für die Familie als Keimzelle der Gesellschaft;
- für eine Bildung, welche die Erziehung zu einem selbstverantworteten Leben mit einschließt.

Diese Politik ist verantwortungsbewußt. Sie ist berechenbar, glaubwürdig und ehrlich.

Und wohin führt die Politik von Saar-SPD und Grünen?

Deren Politik führt

- zur Aufgabe unserer Sicherheit durch einen Austritt aus der Nato;
- zum Abschied von der freien Selbstbestimmung des deutschen Volkes;
- zu einem freiheitsgefährdenden Neutralismus, der jeder Erpressung Tür und Tor öffnet;
- zu einer Knebelung der Wachstumskräfte unserer Wirtschaft;
- zum Rückschritt, weil sie der Entwicklung neuer Technologien voreingenommen gegenüberstehen;
- zu der Aufkündigung der gemeinsamen Verantwortung in lebenswichtigen Fragen des Landes;
- zur Desorientierung der Jugend;
- zum Mißbrauch von idealistischen Vorstellungen zu parteipolitischen Zwecken;
- zu einem Hineinregieren des Staates in alle Lebensbereiche;
- zu einem Wohlfahrtsstaat auf Pump.

Nicht zuletzt steht die Saar-SPD für die Preisgabe alter sozialdemokratischer Grundsätze, um den Grünen zu gefallen und sich ihnen anzubiedern. Diese opportunistische SPD ist nicht die Partei der Arbeitnehmer. Die Politik dieser SPD ist gefährlich und unberechenbar. Sie ist sprunghaft, unehrlich und in ihrer Wirkung zerstörerisch.

Bei dieser Ausgangslage wird sich am 10. März 1985 entscheiden, ob das Saarland ein politisch stabiles Land bleibt; ob es weiterhin zu dem Kreis von Ländern gehört, die Zukunftsfragen zielstrebig anpacken, die Neues wagen: im Umweltschutz, in der Wirtschaftspolitik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, im Technologiebereich, in der Energieerzeugung, in der Nutzung der Neuen Medien, bei der Hilfe für die Dritte Welt.

Voraussetzung dafür, daß das Saarland stabil bleibt und weiter nach vorne geht, ist eine Mehrheit für die CDU bzw. die Koalition der Mitte. Ginge die Mehrheit verloren, wäre die Unregierbarkeit des Landes das Ergebnis, d. h. Unsicherheit, Führungslosigkeit, Schwäche.

Werner Zeyer muß Ministerpräsident des Saarlandes bleiben. Er ist mit ganzem Herzen dabei, weil es um unser Land und seine Menschen geht. Mit seiner Gradlinigkeit, seiner Schaffenskraft und seinem Durchsetzungsvermögen hat er für das Saarland schon viel erreicht. In unseren Städten und Gemeinden hat er ein großes Vertrauenspotential aufgebaut.

Auch in Bonn gilt sein Wort. Mit Bundeskanzler Helmut Kohl, mit Mitgliedern der Bundesregierung und anderen wichtigen Politikern in Bund und Ländern ist er persönlich befreundet. Und solche Freunde brauchen wir.

Die CDU Saar kämpft für die Mehrheit und für eine handlungsfähige Regierung unter Führung von Ministerpräsident Werner Zeyer – im Interesse unseres Saarlandes und seiner Menschen.

Tun wir unsere Arbeit wie bisher: beharrlich in unseren Zielen, tatkräftig in unserem Handeln und mit Stolz auf unser Land.

Zukunft für unser Saarland.
Dafür arbeiten wir.

Mit ganzem Herzen dabei.
CDU Saar

Unser Saarland – deutsches Bundesland mitten in Europa

Unser Saarland ist heute ein geachtetes Bundesland im Herzen Europas, anerkannt als Partner in der Gemeinschaft der bundesdeutschen Länder, mit festen, freundschaftlichen Verbindungen zu den französischen und luxemburgischen Nachbarn und zu Rheinland-Pfalz.

Das war nicht immer so. Jahrhundertlang mußten die Saarländer viel Not und Elend durchleben. Unsere Heimat war Zankapfel zwischen Deutschland und Frankreich. Krieg und Zerstörung, Lostrennung des Saarlandes von Deutschland waren die Folgen.

Um so mehr waren gerade wir Saarländer mit ganzem Herzen dabei, als nach dem letzten Weltkrieg, der auch in unserer Heimat so viel Verwüstung, Not und Leid verursachte, Deutsche und Franzosen darangingen, Feindschaft und Haß durch Zusammenarbeit und Partnerschaft zu ersetzen.

Aus dieser Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich ist heute eine beständige Freundschaft geworden. Der "Händedruck von Verdun" zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterand war ein ergreifender Beweis für eine Freundschaft, die zur wichtigsten Grundlage eines neuen Europas geworden ist.

Wir Saarländer können stolz darauf sein, einen guten Teil an der partnerschaftlichen Entwicklung zwischen Frankreich und Deutschland beigetragen zu haben. Politiker der Christlich Demokratischen Union Saar waren daran von Anfang an maßgeblich beteiligt.

Die enge Zusammenarbeit, die heute zwischen dem Saarland, Lothringen und Luxemburg besteht, bildet einen Eckpfeiler für die Europäische Gemeinschaft. Sie ist zugleich ein praktisches Ergebnis deutsch-französischer Partnerschaft.

Ohne Zweifel bedeutet die Entscheidung Frankreichs, dem Saarland nach der Volksbefragung vom 23. Oktober 1955 die Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen, eine historische Weichenstellung für die Aussöhnung und Partnerschaft in Westeuropa. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Saarländer war eine Voraussetzung für die westeuropäische Integration, die bis zum heutigen Tag den Frieden durch Zusammenarbeit und Freundschaft gesichert hat. Zugleich hat diese äußere Sicherheit und Partnerschaft die Freiheit in Westeuropa bewahrt.

Zwar haben die wechselvolle Geschichte und die verspätete Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland manche bis in die Gegenwart nachwirkenden Anpassungsschwierigkeiten mit sich gebracht. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit bereitet uns große Sorgen; sie entscheidend abzubauen, erfordert unsere ganze Kraft.

Dennoch ist unsere Heimat heute ein selbstbewußtes und gleichberechtigtes Mitglied im Kreise der übrigen Bundesländer. Und wenn unsere Städte und Gemeinden blühen, wenn es den Menschen hier alles in allem gut geht, so deshalb, weil wir Saarländer mit Fleiß und Leistungsbereitschaft, mit Erfindungsreichtum und Mut zur Zukunft unser Land voranbringen.

Natürlich ist uns oft die Hilfe und Solidarität des Bundes zugute gekommen. Auch jetzt, wo es darum geht, endgültig die Weichen für die Erhaltung eines leistungsfähigen Montankerns und die weitere Verbesserung der Struktur unserer Saarlwirtschaft zu stellen, können wir Saarländer uns dank der Freundschaft zwischen Werner Zeyer und Helmut Kohl auf diese Unterstützung durch den Bund verlassen.

Bund und Land werden unter der Führung der Christlich Demokratischen Union auch weiterhin Hand in Hand für die Gestaltung einer gesicherten, lebenswerten Zukunft für uns alle, für unsere schöne Saarheimat, eintreten.

Deshalb muß gerade unser Bundesland aktiv mitwirken, wenn es darum geht, die Grenzen in Europa noch durchlässiger zu machen und schließlich ganz aufzuheben. Die CDU Saar unterstützt mit ganzer Kraft die Politik unseres Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten, durch den zügigen Abbau der Grenzkontrollen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auch in diesem Punkt eine Vorreiter-Rolle für die Fortführung der europäischen Einigung wahrzunehmen.

Die CDU Saar und die von ihr geführte Landesregierung werden sich ihrerseits bei ihren Partnern in Lothringen und Luxemburg für eine noch stärkere gemeinsame Vertretung der Interessen unseres europäischen Kernraumes Saar-Lor-Lux gegenüber den europäischen Behörden und den nationalen Regierungen einsetzen. Dazu gehört auch das intensive Bemühen um gemeinsame Entwicklungskonzepte, Programme, Strategien, Instrumente für die Gestaltung der Zukunft unserer Region, die sich wegen der vergleichbaren wirtschaftlichen Probleme im gesamten Saar-Lor-Lux-Raum geradezu anbieten. Unter Führung der CDU wird diese praktische Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg auf zahlreichen Gebieten auch zukünftig intensiv fortgesetzt werden:

- beim Ausbau der deutsch-französischen Fachhochschule, der Zusammenarbeit der Universitäten,
- dem grenzüberschreitenden Forschungs- und Entwicklungstransfer,
- bei der weiteren Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur, z.B. dem Bemühen um eine Eisenbahn-Schnellverbindung von Paris über Saarbrücken nach Frankfurt oder der Vollendung der Autobahn A 8 bis Luxemburg.

Wir erwarten von den saarländischen Kommunalpolitikern, daß sie die bereits bestehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Kommunalpolitikern in Lothringen und Luxemburg ausbauen. Auch wünschen wir, daß unsere Städte und Gemeinden weitere Partnerschaften, vornehmlich mit französischen und luxemburgischen Gemeinden begründen, so daß auch auf diesem Wege der Einigungsprozeß Europas von den Bürgern selbst mitgetragen werden kann.

Vor allem auf dem Gebiet des Umweltschutzes werden eine nachhaltige grenzüberschreitende Kooperation im Saar-Lor-Lux-Raum und der gemeinsame Kampf um die Harmonisierung der Umweltschutzbestimmungen Chancen für eine glaubwürdige europäische Politik bieten.

Die CDU Saar begrüßt die Initiative der deutschen und französischen Gesellschaft für Umweltrecht sowie des Europainstituts an der Universität des Saarlandes, die den Modellentwurf eines Abkommens zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland betreffend einer "Beschränkung und Vermeidung grenzüberschreitender Umweltbelastung" entwickelt haben. Franzosen und Deutsche sollten sofort darangehen, diesen "Mustervertrag" mit Leben zu füllen und Vorschläge zur Konkretisierung des gesteckten Rahmens zu erarbeiten.

Unser Ziel ist es, alle Maßnahmen praktischer supranationaler Zusammenarbeit Schritt für Schritt durch verbindliche Regelungen auf nationaler und europäischer Ebene abzusichern.

Die politische Einigung des freien Europas kann nur gelingen, wenn greifbare und erlebbare Ergebnisse gemeinsamer europäischer Politik die Menschen in Europa von dem Nutzen dieser Einigung überzeugen. Dazu wollen wir als Christlich Demokratische Union des Saarlandes auch zukünftig unseren Beitrag leisten.

Sicherheit und Recht – für den inneren Frieden

Die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte ist Ziel und Maßstab des rechts- und innenpolitischen Handelns der CDU Saar. Die Bürger müssen sich darauf verlassen können, daß der Staat ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Privatsphäre, ihre Freiheit und ihr Eigentum wirksam schützt.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedarf es der Funktionsfähigkeit der staatlichen Organe, insbesondere von Polizei und Justiz. Vor allem müssen die Vertrauensgrundlagen im Verhältnis des Bürgers zum Staat neu gefestigt werden. Die Verankerung des Datenschutzes in der Saarländischen Verfassung bietet die Gewähr für einen wirksamen Datenschutz und eine stärkere Sensibilisierung der Verwaltung im Umgang mit personenbezogenen Daten. Der Bürger muß vor einem Mißbrauch von persönlichen Daten geschützt werden.

Mit Sorge beobachtet die CDU Saar eine zunehmende Tendenz zur Verharmlosung von Rechtsbrüchen. Die grundlegenden Normen des menschlichen Zusammenlebens beruhen auf der Achtung und Wahrung des Rechts. Sie dürfen daher nicht durch Verweigerungskampagnen untergraben werden. Zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit gehört ein Klima, in dem die Grenzen zwischen Recht und Unrecht nicht verwischt werden.

Die saarländische Polizei ist aufgrund ihrer Ausbildung, ihrer Sach- und Personalausstattung in der Lage, ihre Aufgaben voll zu erfüllen. Allerdings muß das vorhandene rechtliche Instrumentarium durch die Schaffung eines modernen rechtsstaatlichen Polizeirechts mit klar umrissenen Eingriffsbefugnissen verbessert werden.

Um der ständig steigenden Kriminalität noch wirksamer begegnen zu können, müssen die Möglichkeiten zur Entlastung der Polizei bei der Verfolgung von Bagatelldelikten im Rahmen der Amtshilfe und bei der Erledigung von Verwaltungsarbeit voll ausgeschöpft werden.

Die Bekämpfung der Gewalt-, der Rauschgift-, der Wirtschafts- und Umweltkriminalität sind ebenso wichtige wie gleichrangige kriminalpolitische Ziele.

Der begrüßenswerte Abbau der Grenzkontrollen darf nicht zu Sicherheitsdefiziten führen. Eine engere Zusammenarbeit der Polizei der westeuropäischen Nachbarländer mit dem Ziel der Schaffung einer europäischen Fahndungsunion ist daher unerlässlich.

Schwindendes Rechtsbewußtsein und steigende Kriminalität können nicht allein durch Justiz und Polizei bekämpft werden. Der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Förderung und Stabilisierung der Familie, Vorbeugung gegen Alkohol- und Drogenmißbrauch sowie die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Kinder sind zugleich rechts- und sozialpolitische Anliegen.

Bürgernahe Rechtspflege

Der Kern des rechtspolitischen Programms der CDU Saar lautet: Rechtspflege für den Bürger und mit dem Bürger.

Die CDU Saar tritt daher für die aktive Mitwirkung der Bürger im Vorfeld der Rechtspflege und im gerichtlichen Verfahren ein. Sie ist für die Förderung der vorgerichtlichen Konfliktregelung durch Schiedsmänner und Schiedsstellen sowie für die Verbesserung der Information und Fortbildung der ehrenamtlichen Richter.

Die Personal- und Sachausstattung der Justiz muß eine wirksame Durchsetzung des Rechts ermöglichen. Die CDU Saar fordert Fraktion und Landesregierung auf, dafür die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Gerichtliche Verfahren sollen zügig zum Abschluß kommen. Die Vereinfachung, Straffung und Beschleunigung der Verfahren dürfen nicht zu einem Verlust an Gerechtigkeit führen.

Der Strafvollzug schützt den Bürger und dient der Wiedereingliederung des Straftäters. Die CDU Saar fordert die Landesregierung auf, die eingeleiteten großen Bauvorhaben zur Beseitigung der Überbelegung in der Jugendvollzugsanstalt Ottweiler und der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken beschleunigt zu verwirklichen und damit die Grundlagen für eine weitere Verbesserung des Behandlungsvollzugs zu schaffen. Mit demselben Nachdruck sollten die begleitenden und nachgehenden sozialen Hilfen für Straffällige verbessert und der Sozialdienst der Justiz ausgebaut werden.

Entbürokratisierung ist geboten

Die Bürokratisierung aller Lebensbereiche wirkt sich auch auf das Verhältnis der Bürger zu Staat und Gemeinden aus. Unzählige Gesetze, Verordnungen, Ausführungsbestimmungen, Erlasse, Verfügungen und sonstige Vorschriften beeinträchtigen oftmals unnötigerweise den Freiheitsraum der Bürger, den wir sichern wollen. Sie blähen den Verwaltungsapparat unnötig auf.

Ansatzpunkte für eine aktive Politik der Entbürokratisierung sehen wir darin, daß wir

- uns verstärkt für eine Eindämmung der sintflutartig anwachsenden Gesetzes-, Satzungs-, Verordnungs- und Erlaßströme einsetzen,
- auf staatlicher und kommunaler Ebene die öffentlichen Aufgaben danach durchforsten werden, wie weit sie regelungsbedürftig sind, von Behörden erfüllt werden müssen oder im Einzelfall privaten Einrichtungen übertragen werden können.

Wir wollen Sorge dafür tragen, daß

- Eingaben der Bürger so schnell wie möglich bearbeitet und beschieden,
- schwer zugängliche Rechtsgrundlagen, wie örtliche Satzungen oder Tarifverträge, leichter auswertbar,
- behördliche Schriftsätze in klarer und verständlicher Sprache abgefaßt,
- Formulare vereinfacht und
- bei der Verwaltung Höflichkeit und Dienstbereitschaft gegenüber dem Bürger zur Selbstverständlichkeit werden.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie alle dahingehenden Sachver-

halte von geeigneten Kommissionen überprüfen und neue Lösungen entwickeln läßt. In den Kommissionen sollten betroffene Institutionen mitwirken, z.B. kommunale Verwaltungen und Kammern.

Städte und Dörfer – Mittelpunkt für das Leben unserer Bürger

In unseren Städten und Dörfern findet der Bürger Heimat und Geborgenheit. Hier kann der Bürger Hilfe und Verständnis durch die Gemeinschaft erwarten, unmittelbar an der Gemeinschaft Anteil nehmen, mitwirken und sein Leben selbst gestalten.

Daher wird die CDU Saar weiter darauf hinarbeiten,

- daß unsere Städte wieder wohnlicher und damit menschlicher werden;
- daß unsere Dörfer unter Wahrung ihrer Eigenart und Eigenständigkeit den gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernissen entsprechend fortentwickelt werden.

Die CDU Saar hat Vertrauen in die Eigenverantwortung und in das Gemeinschaftsbewußtsein der Bürger. Sie sieht Freiheit dort gesichert, wo Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können ohne Bevormundung durch Staat und Verwaltung; dies schließt auch die Hilfe und das Verständnis für Bürger in Bedrängnis und Notlagen ein. Wir unterstützen deshalb die Bereitschaft der Bürger, an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Umwelt und Lebensbedingungen in kommunalen Gremien, in örtlichen Vereinen sowie in kulturellen, sportlichen und sozialen Organisationen mitzuwirken.

- Wir wollen nicht den verwalteten Einwohner, sondern den verantwortlich mitgestaltenden Bürger.
- Wir wollen Bürger, die sich in ihrer Gemeinde zuhause fühlen, sich mit ihrer Heimat identifizieren, mit ihrer Geschichte sich anfreunden und auseinandersetzen.
- Wir wollen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit stärken.
- Wir brauchen viele Bürger, die sich zur Mitarbeit bereit finden, die sich für die Schwachen in unserer Gesellschaft einsetzen und die für den Schutz von Umwelt und Natur eintreten.

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist Stärkung der Bürgerfreiheit

Die kommunale Selbstverwaltung ist für die Bürger da.

- Sie lebt von ihrer Mitwirkung und tätigen Mitverantwortung.
- Sie sichert das Recht der Bürger, ihre Lebensverhältnisse mitgestalten zu können.
- Sie nutzt die Kenntnisse und Vorstellungen der unmittelbar betroffenen Bürger und fördert damit die Bürgernähe kommunaler Entscheidungen.

In dem Maße, in dem wir die Eigenständigkeit der Gemeinden stärken, sichern wir die Freiheit des einzelnen. Kommunale Selbstverwaltung fördert Bürgernähe und damit den persönlichen Einsatz der Bürger für ihr Gemeinwesen. Was die Gemeinden für die Bürger erledigen können, muß in gemeindlicher Zuständigkeit bleiben.

In unseren gegliederten Städten und Gemeinden mit ihren Stadt- und Ortsteilen ist die Bürgerbeteiligung in hohem Maße gesichert, ohne daß die für die Gebiets- und Verwaltungsreform gestärkte Funktionsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden beeinträchtigt wird.

Wir haben im Saarländischen Landtag gegen halbherzige Vorstellungen der SPD die Aufwertung der Ortsräte durchgesetzt und ihnen neue und bedeutende Aufgaben zugewiesen.

Wir wollen, daß Kommunalpolitik vor Ort gemacht wird.

Eine Gliederung der Gemeinden nach kalten technokratischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der engeren örtlichen Gemeinschaft, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge und Namen, wie sie von der SPD in den Städten Saarbrücken und Neunkirchen durchgesetzt worden ist, lehnen wir ab.

Wir treten auch ein für

- eine Bauleitplanung vor Ort, die die Gestaltungsmöglichkeiten des Bürgers nicht unzumutbar einengt und reglementiert; das schließt auch die Rückverlagerung der Flächennutzungsplanung vom Stadtverband Saarbrücken in die Zuständigkeit der ihm zugehörigen Städte und Gemeinden ein.
- Aufgeschlossenheit gegenüber Bürgerinitiativen, wenn sie bei der Vertretung ihrer Interessen Gesamtverantwortung erkennen lassen.
- Beteiligung der Gemeinden und Städte, des Stadtverbandes und der Landkreise bei der Einführung und Weiterentwicklung neuer Medien.

Kommunale Finanzausstattung bestimmt Freiheit der Selbstverwaltung

Kommunale Selbstverwaltung setzt die angemessene Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften voraus. In ihren freien Entscheidungen sind die Kommunen jedoch auf Jahre durch die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der früheren SPD-geführten Bundesregierung erheblich eingeschränkt. Wenn auch durch erfolgreiche Regierungspolitik der CDU in Bund und Land davon ausgegangen werden kann, daß die Talsohle wirtschaftlichen Niedergangs der Städte und Gemeinden durchschritten ist, so ist nicht zu übersehen, daß die von der SPD verantwortete Wirtschafts- und Finanzpolitik früherer Jahre tiefe Spuren in den Kassen der Städte und Gemeinden hinterlassen und zur Zerrüttung der gemeindlichen Finanzen geführt haben. Der Beginn einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung, maßgeblich beeinflusst durch die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl, zeichnet sich auch in den kommunalen Haushalten ab.

Zudem hat das Saarland das Kommunalfinanzausgleichsgesetz geändert und trotz eigener großer Haushaltsschwierigkeiten den Verbundsatz spürbar angehoben. Die Folge ist eine Stabilisierung der Einnahmen bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Die Städte und Gemeinden werden aber weiterhin äußerst sparsam wirtschaften und zugunsten investiver Ausgaben konsumtive Ausgaben abbauen müssen. Nur so werden sie ihren kommunalen Investitionen für die Erneuerung und Instandhaltung der öffentlichen Einrichtungen, wie Straßen, Schulen, Kindergärten oder z.B. für Umweltschutz, Städtebau und Erschließung von Gewerbeflächen nachkommen können. Auf diese Weise werden die Städte und Gemeinden auch unter schwieriger Ausgangslage zum wirtschaftlichen Aufschwung und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit und vor allem der Jugendarbeitslosigkeit beitragen können.

Die CDU Saar wird sich dafür einsetzen, daß eine Entspannung der Haushaltssituation des Landes auch den Städten und Gemeinden unmittelbar zugute kommt und daß den kommunalen Gebietskörperschaften keine neuen Aufgaben gestellt werden, die ihnen zusätzliche finanzielle Lasten aufbürden.

Arbeitslosigkeit – eine Herausforderung der Gesellschaft

Die größte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung der Gegenwart und wohl auch der Zukunft ist die hohe Arbeitslosigkeit, die sich in der Bundesrepublik Deutschland während der 13-jährigen SPD-Herrschaft verachtzehnfacht hat. Der jetzigen Bundesregierung ist es jedoch gelungen, durch die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und eine Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen den befürchteten weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit abzufangen. Bei einer Fortsetzung dieser Politik ist davon auszugehen, daß in den nächsten Jahren auch deutliche Erfolge beim Abbau der hohen Arbeitslosigkeit erzielt werden können.

Für die CDU Saar ist die Arbeitslosigkeit keine bloße statistische Größe. Arbeit ist ein wichtiger Teil eines sinnerfüllten Lebens. "Nicht arbeiten können" bedeutet beruflichen Abstieg, menschliches Leid, Verzicht auf Lebensglück. Menschlich und volkswirtschaftlich ist jeder Arbeitslose einer zuviel.

Auch für die Zukunft heißt es daher: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer zukunftsträchtiger und qualifizierter Beschäftigungsmöglichkeiten. Genauso wichtig ist aber gegenwärtig auch die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze.

Die CDU Saar betont die Verantwortung der Tarifpartner für die Arbeitsplätze. Eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, daß für die Betriebe das Verhältnis von Erlösen und Kosten verbessert wird.

Wirtschaftswachstum hilft, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Aktive Wachstumspolitik und die Förderung arbeitsplatzschaffender Investitionen haben daher Priorität. Allerdings wird das voraussichtlich realisierbare Wirtschaftswachstum alles in allem nicht ausreichen, um das bedrückende Beschäftigungsproblem in den nächsten Jahren zu lösen.

Daher müssen flankierende Maßnahmen ergriffen werden, um die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen. Hierfür kommt in erster Linie eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, d.h. eine Auflockerung starrer und uniformer Arbeitszeitnormen bei der Tages-, Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, bzw. eine Verkürzung der Arbeitszeit in Frage. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit hätte nicht nur positive arbeitsmarktpolitische Auswirkungen, sondern würde dem einzelnen Arbeitnehmer mehr Wahlfreiheit einräumen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens.

Die CDU lehnt allerdings eine drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ab, weil hierdurch kaum neue Arbeitsplätze geschaffen, vorhandene aber mit Sicherheit gefährdet werden. Die Einsicht, daß die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche auf einen Schlag und über die gesamte Breite der Wirtschaft schädlich sein muß, darf nicht den Eindruck vermitteln, die CDU lehne jedwede Verkürzung der Wochenarbeitszeit ab.

Die Tarifparteien sind grundsätzlich frei, jede beliebige Form von Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu vereinbaren. Positiv auf die Beschäftigung können sich Arbeitszeitverkürzungen aber nur dann auswirken, wenn die Kostenbelastung der Unternehmen aus der Verkürzung der Arbeitszeit und der vereinbarten Lohnerhöhung zusammengenommen den jährlichen Produktivitätsfortschritt nicht überschreiten. Es ist selbstverständlich, daß die gewählte Form der Arbeitszeitverkürzung den Wünschen und Interessen der Arbeitnehmer Rechnung zu tragen hat. Auf Initiative der CDU Saar wurden diese Vorstellungen über die Neugestaltung von Arbeitsmarkt und der Arbeitszeit in die "Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre" aufgenommen und sind nunmehr verbindliches Gedankengut der CDU Deutschlands.

Zu den flankierenden Maßnahmen gehört auch die volle Ausschöpfung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in den nächsten Jahren. Dabei kommen solchen für am Arbeitsmarkt schwer vermittelbaren Personengruppen, wie Jugendlichen, Frauen, älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen, besondere Bedeutung zu.

Solche Maßnahmen könnten z.B. sein:

1. allgemeine oder selektiv gezielte Maßnahmen im Rahmen der Berufsberatung und der Arbeitsberatung der Arbeitsämter;
2. Umschulungs-, Fortbildungs- und andere berufliche Anpassungsmaßnahmen, die sich auch an erkannten beruflichen Fehlentwicklungen und den Anforderungen hinsichtlich der vorhersehbar notwendigen Qualifikationen orientieren;
3. Maßnahmen zur Erhaltung und Aktualisierung vorhandener beruflicher Fähigkeiten;
4. auf die Lage am Arbeitsmarkt ausgerichtete arbeitsorganisatorische Anpassungsmaßnahmen oder Veränderungen, z.B. forciert vermehrtes Teilzeitarbeitsangebot, ggf. durch Teilung vorhandener Arbeitsplätze und Änderung entgegenstehender Einstellungspraktiken; vermehrtes Angebot von Arbeitsplätzen für Behinderte;

5. sektoral, regional und/oder beruflich orientierte Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung bei mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten, die im Umfang und Konzept der Art und der voraussichtlichen Dauer vorhandener Arbeitslosigkeit örtlich angepaßt sind.

Vorrang für die Soziale Marktwirtschaft

Neue wirtschaftliche und soziale Bedingungen stellen besondere Anforderungen an die Anpassungs- und Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen persönliche Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand, Arbeit und sozialer Fortschritt für alle gesichert werden. Dazu ist es notwendig, den grundlegenden ordnungspolitischen Elementen der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker Geltung zu verschaffen.

Die CDU hat ihre politischen Grundüberzeugungen in den "Stuttgarter Leitsätzen für die 80er Jahre" ausführlich dargelegt. Eine rasche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist auf einigen Gebieten besonders dringend:

- Die CDU Saar begrüßt die geplante Steuerreform, die kleine und mittlere Einkommen spürbar entlasten wird. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag für ein familien- und leistungsfreundliches Klima.
- Die Steuern auf Produktivkapital, die in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich außerordentlich hoch sind, müssen gesenkt werden.
- Der eingeschlagene Weg zu einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist fortzusetzen.
- Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Leistungen sollte vorangetrieben werden.
- Protektionistischen Tendenzen im Inland wie in der Europäischen Gemeinschaft ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken.
- Die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen sollte vorrangiges Ziel staatlicher Politik sein.
- Die Bedingungen zur Gründung einer eigenen unternehmerischen Existenz sind zu verbessern.
- Daß wir behutsamer mit unserer Umwelt umgehen müssen, ist auch eine ökonomische Notwendigkeit. Die CDU Saar ist davon überzeugt, daß sich umweltpolitische Ziele mit marktwirtschaftlichen Instrumenten besser erreichen lassen als mit dirigistischen Eingriffen.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – ein zentrales Anliegen

Nachdem in den 50er und 60er Jahren für die CDU vornehmlich die Bildung von Geldvermögen sowie von Haus- und Grundbesitz im Vordergrund der vermögenspolitischen Bestrebungen stand, muß nunmehr das Ziel der Vermögenspolitik sich mehr und mehr auf den Erwerb von Produktivvermögen in breiten Schichten, also auf die Beteiligung der Arbeitnehmer an dem in der Wirtschaft arbeitenden Kapital richten. Damit kann auch die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen gestärkt, die Produktivität erhöht, der Verteilungskampf entschärft und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zum Wirtschaftswachstum beigetragen werden.

Die auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruhende Wirtschaftsordnung wird nach Ansicht der CDU Saar gefestigt, wenn immer mehr Arbeitnehmer persönliches Eigentum am Produktivvermögen besitzen und somit ein weiterer Kreis von Eigentümern diese Ordnung mitträgt. Durch eine Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer wird zudem zu deren partnerschaftlicher Integration in das arbeitgebende Unternehmen beigetragen. Ihre Selbständigkeit, Mitverantwortung und Motivation wird gestärkt und so auch die innere Struktur der Unternehmen stabilisiert. Die CDU Saar wird wegen der Wichtigkeit der Fortentwicklung der Vermögenspolitik alle Initiativen unterstützen, die die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterbeteiligungen weiter verbessern.

Unterstützung durch die Bundespolitik ist unverzichtbar

Das Saarland ist aufs engste an die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik angebunden. Insofern schafft eine konsequente Verbesserung der allgemeinen Wachstumsgrundlagen im Bund die besten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung auch im Saarland.

Der Bund hat darüber hinaus eine besondere Verantwortung gegenüber der Saar. Noch immer gibt es im Saarland – gemessen an der Ausstattung anderer Räume – zu wenig infrastrukturelle Einrichtungen (etwa Forschungsinstitute von überregionaler Bedeutung) sowie zentrale nationale Einrichtungen des Bundes. Ebenso fehlen Institute europäischen Zuschnitts. Durch verstärkte Berücksichtigung des Saarlandes bei künftig zu vergebenden Einrichtungen der Bahn, der Post, der Bundesverwaltung, bei überregionalen Forschungseinrichtungen oder bei Behörden und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft sollte die Bundesregierung ihrer regionalpolitischen Verantwortung mehr als in der Vergangenheit nachkommen.

Die CDU Saar tritt dafür ein, das zentrale regionalpolitische Instrument in der Bundesrepublik, die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, weiter zu verbessern, um den wirtschaftsschwachen Regionen einen fairen Wettbewerb gegen die Förderkonkurrenz der wirtschaftsstarken Räume zu ermöglichen.

Handlungsmöglichkeiten im Land nutzen

Die Lösung der Arbeitsmarkt- und Strukturprobleme stellt für das Saarland, seine Bevölkerung und seine Wirtschaft, eine existentielle Herausforderung dar. Um erfolgreich ans Ziel zu gelangen, müssen wir mit unseren Ressourcen und Finanzmitteln besonders sparsam und wirtschaftlich umgehen. Die CDU Saar tritt dafür ein, alle verfügbaren Reserven auf die wichtigste Zukunftsaufgabe, die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze zu konzentrieren. Dabei darf allerdings die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze nicht vernachlässigt werden.

Diese Aufgabe will die CDU Saar lösen, indem sie

- einen leistungsfähigen Montankern sichert,
- das unternehmerische Potential des Saarlandes aktiviert und erweitert
- sowie die Ansiedlungspolitik mit verstärkten Bemühungen fortsetzt.

Wir brauchen ein Klima der Innovation und des Aufbruchs. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen nicht in den traditionellen Industrien; sie eröffnen sich durch Neuansiedlungen, durch das Wachsen bestehender kleinerer und mittlerer Unternehmen und durch die Gründung neuer Betriebe. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nach Ansicht der CDU Saar nötig, auch neue und unkonventionelle Wege zu gehen; hierzu werden in diesem Programm konkrete Vorschläge unterbreitet. Patentrezepte, die Strukturprobleme des Saarlandes auf einen Schlag zu lösen, gibt es nicht. Wer hierbei sofortigen Erfolg verlangt oder verspricht, geht an der Wirklichkeit vorbei.

Stahlindustrie bleibt für die Saarwirtschaft bedeutsam

Die europaweite, seit über acht Jahren andauernde Stahlkrise stellt für das Saarland eine schwere Herausforderung dar. Obwohl das Gewicht der Stahlindustrie in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist, wird dieser Industriezweig im Saarland auch künftig ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor bleiben. Allein vom Bestand des Unternehmens ARBED Saarstahl hängen mittelbar und unmittelbar zwischen 40.000 und 50.000 Arbeitsplätze ab – mehr als ein Zehntel aller saarländischen Arbeitsplätze. Daher müssen nach Meinung der CDU Saar alle Anstrengungen unternommen werden, um einen selbstständig lebensfähigen Kern des Unternehmens zu erhalten und damit alle rentablen Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern. Hierzu muß das Unternehmen seine Handlungsfähigkeit und Dynamik wieder zurückgewinnen.

Das 1977/78 begonnene Restrukturierungskonzept ist mit der Inbetriebnahme des neuen Blasstahlwerkes im Jahre 1982 sowie der Inbetriebnahme der gemeinsam mit der Dillinger Hütte und den Saarbergwerken errichteten Zentralkokerei im Jahre 1984 zu einem guten Teil verwirklicht. Gemeinsam mit der Dillinger Hütte baut ARBED-Saarstahl jetzt in Dillingen eine Anlage zur gemeinsamen Roheisenerzeugung (ROGESA), die in spätestens 2 Jahren den Betrieb aufnehmen soll. In diesem Zusammenhang appelliert die CDU Saar an alle Verantwortlichen, auch so schnell wie möglich den Bau des Hafens Saarlouis/Dillingen in Angriff zu nehmen.

Im Zuge der Restrukturierung wurden in großem Umfang Kapazitäten bei ARBED-Saarstahl stillgelegt; die Belegschaft wurde drastisch vermindert. Die CDU Saar weiß, daß dies für die Betroffenen und ihre Familien mit großen Opfern verbunden war. Sie anerkennt die Beiträge der Arbeitnehmererschaft bei der Stahlrestrukturierung. Sie dankt der Bundesregierung und der Landesregierung für deren finanzielles Engagement. Dadurch wurden ansonsten notwendige Massenentlassungen vermieden, und der Personalabbau konnte über Sozialpläne vorgenommen werden.

Wegen der auch von Experten nicht vorhergesehenen negativen Marktentwicklung bei Stahl ist die finanzielle Situation von ARBED-Saarstahl noch immer außerordentlich besorgniserregend. Nur aufgrund des unermüdbaren persönlichen Einsatzes des CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Werner Zeyer, wurde erreicht, daß das Unternehmen überhaupt noch existiert. Insgesamt wurden über 3 Mrd. DM an öffentlichen Hilfen dafür gewährt.

Unser Ziel, das Unternehmen aus eigener Kraft lebensfähig zu machen, muß schon deswegen so schnell wie möglich erreicht werden, da nach dem geltenden Subventionskodex Stahl der Europäischen Gemeinschaft ab 1986 keine öffentlichen Finanzhilfen mehr gezahlt werden dürfen. Um dieses Ziel in der vorgegebenen Zeitspanne zu erreichen, müssen nach Auffassung der CDU Saar alle vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die CDU Saar begrüßt in diesem Zusammenhang die Bemühungen, über weitgehende Kooperation zwischen ARBED-Saarstahl und der Dillinger Hütte die saarländische Eisen- und Stahlindustrie insgesamt zu stärken und sicherer zu machen. Die CDU Saar unterstützt nachdrücklich alle Maßnahmen, die zu diesem Ziel beitragen.

Ebenso nachdrücklich verurteilt sie die ständigen Querschüsse der Saar-SPD und ihres Landesvorsitzenden gegen die Stahlpolitik der Landesregierung. Diese schaden dem Unternehmen und den dort beschäftigten Arbeitnehmern. Die permanente Forderung nach Verstaatlichung von ARBED-Saarstahl ist töricht. Denn sie würde an den Hauptproblemen des Unternehmens – der Situation am Stahlmarkt und der ungünstigen Kostenstruktur – nichts ändern. Auch die immer wieder von SPD-Seite erhobene Forderung nach Einbindung von ARBED-Saarstahl in ein anderes deutsches Stahlunternehmen bedeutet eine Irreführung der Öffentlichkeit, da sich bisher kein deutsches Stahlunternehmen dazu bereiterklärt hat.

Unter diesen Umständen bleibt die Politik der Landesregierung der einzig sinnvolle Weg, nämlich ARBED-Saarstahl selbst zu stärken und soweit möglich, Kooperationen mit der Dillinger Hütte anzustreben und zu verwirklichen. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß die Probleme der Stahlindustrie am ehesten durch die CDU und die von ihr geführte Landesregierung bewältigt werden. Ohne sie wären die Lichter in Völklingen längst ausgegangen. Die Stahlarbeiter und ihre Familien können auch in Zukunft auf die CDU Saar bauen.

Sichere Energieversorgung durch Kohlevorrangpolitik

Das Saarland ist ein traditionelles Energieexportland. Entsprechend dem Gewicht des Energiesektors muß nach Meinung der CDU Saar die Energiepolitik zugleich auf die Sicherung der Arbeitsplätze, besonders im Steinkohlenbergbau, ausgerichtet sein; ebenso aber auch auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zuge der Weiterentwicklung der Energieversorgung.

Die CDU Saar bekennt sich ausdrücklich zum Schutz der Umwelt auch bei der Versorgung mit Energie. Sie fordert die Saarbergwerke sowie die übrigen Betreiber von Kraftwerken auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die neuen zulässigen Emissionswerte vor Ablauf der gesetzlichen Übergangsfristen erreicht werden.

Der heimische Steinkohlenbergbau hat eine hervorragende Bedeutung für die nationale Energieversorgung und zugleich für die Arbeitsplatzhaltung. Dank erheblicher finanzieller Unterstützung von Bund und Land ist es gelungen, an der Saar einen leistungsfähigen Bergbau zu schaffen. Der eingeschlagene Weg darf nach Meinung der CDU Saar auch angesichts der gegenwärtig relativen Entspannung an den Energiemärkten nicht verlassen werden. Die Sicherung der Energieversorgung ist eine langfristige Aufgabe. Die CDU Saar bekennt sich – im Gegensatz zur Opposition – in Wort und Tat eindeutig zum Vorrang der Kohlepolitik.

Sie hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, daß in den "Stuttgarter Leitsätzen für die 80er Jahre" die Kohlepolitik als wesentlicher Bestandteil der nationalen Energiepolitik hervorgehoben wird; dies gilt auch für den umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Einsatz.

Die CDU Saar und die von ihr geführte Landesregierung setzen sich nachdrücklich dafür ein, daß die in der Bundesrepublik vorgesehene großtechnische Anlage zur Kohleverflüssigung im Saarland errichtet wird. Sie wissen sich in diesem Bemühen einig mit der Saarbergwerke AG und den saarländischen Gewerkschaften. Als vorrangigen Standort empfiehlt die CDU Saar Neunkirchen. Die CDU Saar verurteilt auf das Schärfste das Verhalten des SPD-Landesvorsitzenden, der keine Gelegenheit ausläßt, um mit der Ablehnung eines solchen Projektes im Saarland der Politik der Landesregierung sowie der anderen verantwortlichen politischen Kräfte des Landes in den Rücken zu fallen. Der SPD-Landesvorsitzende schadet hierdurch den Interessen des Saarlandes und nützt in Wirklichkeit denen des Landes Nordrhein-Westfalen, das in dieser Angelegenheit in Konkurrenz zum Saarland steht. Die CDU Saar fordert den SPD-Landesvorsitzenden auf, seinen Verweigerungskurs aufzugeben und in solchen lebenswichtigen Fragen des Landes in die Verantwortungsgemeinschaft aller politischen Kräfte zurückzukehren.

Nach Meinung der CDU Saar ist es wichtig, daß der "Jahrhundertvertrag" des Bergbaues mit der Elektrizitätswirtschaft konsequent und ohne Abänderung erfüllt wird. Dies ist die Voraussetzung dafür, daß die heimische Steinkohle bei der Stromerzeugung auch über 1995, wenn der Verstromungsvertrag abgelaufen ist, eine wichtige Rolle spielen kann und daß eine befriedigende Anschlußregelung gefunden wird.

Auch die verbreitete Ablehnung der Stromerzeugung für Heizung und Warmwasserbereitung gefährdet den Arbeitsplatz des Bergmanns. Gerade in unserem ländlich strukturierten Bereich stellt der Strom oft die einzige wirksame Alternative zum Öl dar.

Energiesparen ist nach Auffassung der CDU Saar eine Daueraufgabe. Sie kann in hohem Maße von den Verbrauchern selbst gelöst werden. Aber auch auf staatliche Maßnahmen soll in Zukunft nicht verzichtet werden. Insbesondere spricht sich die CDU Saar für eine verstärkte Energieforschung in den Bereichen Kohleveredelung, Kraftwerkstechnologie, Abfallverwertung, Versorgungskonzepte, nationale Energienutzung und Fernwärme aus.

Gründungsklima verbessern

An der Saar gibt es zuwenig Unternehmer. Um die unternehmerische Basis im Saarland zu verbreitern, fordert die CDU Saar ein Bündel von Maßnahmen, die das Gründungsklima in unserem Land verbessern. Insbesondere gilt es

- die Bevölkerung über Funktionsweise und Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft zu informieren,
- in den Bildungseinrichtungen über das Thema Selbständigkeit und Existenzgründung ausreichend zu informieren,
- die Finanzierung des Instituts für Existenzgründung an der Fachhochschule (INEX) auch für die Zukunft zu sichern,
- ein vergleichbares Institut für Existenzgründungen auch an der Universität einzurichten,
- Unternehmensgründer bei der Vergabe öffentlicher Aufträge angemessen zu berücksichtigen.

Die CDU Saar setzt sich für ein steuerbegünstigtes Modell zur Förderung des Existenzgründungssparens auf Bundesebene ein; ein solches Programm sollte so schnell wie möglich verwirklicht werden.

Entwicklungspotential der kleinen und mittleren Unternehmen erweitern und aktivieren zur Schaffung neuer Arbeitsplätze

Die Wirtschaftspolitik der von der CDU geführten Landesregierung hat in den vergangenen Jahren zu beachtlichen Erfolgen in der Umstrukturierung der saarländischen Wirtschaft geführt. Aus einem einseitig ausgerichteten Montanrevier wurde ein modernes Bundesland mit einer breiten und vielfältigen Wirtschaftsstruktur.

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Betriebe und die Schaffung neuer, zukunftssicherer und dauerhafter Arbeitsplätze wird auch weiterhin im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Anstrengungen der CDU stehen.

Eine gute Mittelstandspolitik ist nach Ansicht der CDU Saar vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Ausreichendes Wissen und Können sowie das persönliche Engagement mittelständischer Unternehmer können durch keine noch so gut gemeinte Maßnahme im Rahmen der Mittelstandspolitik ersetzt werden. Mittelstandspolitik kann die Situation bestehender kleinerer und mittlerer Unter-

nehmen im Ganzen verbessern, ihre Ausweitung begünstigen und ihre Risiken mindern, sie kann ein latent vorhandenes Unternehmerpotential mobilisieren – ein Scheitern im Einzelfall kann sie nicht verhindern.

Mittelstandspolitik hat dort anzusetzen, wo spezifische Probleme des Mittelstandes zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber Großbetrieben geführt haben.

Grundpfeiler saarländischer Mittelstandspolitik sind:

- die Verbesserung der Kapitalversorgung,
- die Erhöhung der Risikotragfähigkeit,
- ein ausreichendes und preisgünstiges Gewerbeflächenangebot,
- Hilfen bei der Entwicklung und Einführung neuer Technologien.

Die CDU Saar setzt sich für eine Fortentwicklung des bewährten mittelstandspolitischen Instrumentariums mit folgenden Schwerpunkten ein:

1. Die Bereitstellung von Risikokapital durch private Geldgeber ist zu verbessern. Daher sollte mit Unterstützung des Landes eine nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeitende Risikofinanzierungsgesellschaft ins Leben gerufen werden.
2. Die Mittelstandsförderung soll gestrafft werden. Die CDU Saar setzt sich insbesondere dafür ein, die große Zahl unterschiedlicher Zinsverbilligungsprogramme – bei mindestens gleichbleibendem Fördervolumen – drastisch zu reduzieren. Anzustreben ist ein einheitliches, überschaubares Förderprogramm.
3. Durch Privatisierung öffentlicher Leistungen sollten Land und Kommunen neue Existenzen und neue Tätigkeitsfelder für bestehende oder neu zu gründende Betriebe entstehen lassen.
4. Das saarländische Messebeteiligungsprogramm hat sich bewährt. Es sollte aber künftig noch stärker auf die Beteiligung saarländischer Firmen an überregionalen Messen und Auslandsmessen ausgerichtet werden.
5. Arbeitnehmerbeteiligungen können die Eigenkapitalbasis mittelständischer Betriebe stärken und sind zudem von hohem gesellschaftspolitischen Wert. Die CDU Saar hat hierzu zahlreiche Vorschläge gemacht. Darüber hinausgehend könnte die Erarbeitung von unternehmensspezifischen Beteiligungsmodellen durch spezialisierte Fachleute über Beratungszuschüsse gefördert werden.
6. Die Nutzung von technischem und organisatorischem Wissen durch die mittelständische Wirtschaft könnte durch Kooperationen mit Großunternehmen verbessert werden. Die CDU Saar setzt sich deshalb dafür ein, die Gründung einer Saar-Consulting-Gesellschaft in Angriff zu nehmen.
7. Gemeinden, die ihre Ansiedlungsflächen für Klein- und Mittelbetriebe zu Industrie- und Gewerbeparks ausbauen wollen, sollten für Bau, Sanierung und Nutzbarmachung von Hallen und ähnlichen Infrastruktureinrichtungen vergleichbare Zuschüsse erhalten wie zur Flächenerschließung.
8. Um eine größere Übersicht über das Angebot an geeigneten Gewerbeflächen im Saarland zu erhalten, schlägt die CDU Saar die Einrichtung eines landesweiten Gewerbeflächenkatasters vor.
9. Neuordnung der saarländischen Wirtschaftsförderungsgesellschaften.
10. Das Beratungswesen der Wirtschaft ist zu stärken und auszubauen.

Forschung und Entwicklung intensivieren

In der Forschungs- und Entwicklungspolitik des Landes tritt die CDU Saar für folgende Maßnahmen ein:

- Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur durch Ansiedlung überregionaler Einrichtungen;
- Ausbau und Beratung auf dem Gebiet des Technologietransfers und verstärkte Beratung technologieorientierter Unternehmen durch die neugegründete Zentrale für Produktivität und Technologie Saar;
- Verbesserung des Technologietransfers zwischen Saar-Universität und saarländischer Wirtschaft;
- Ausbau und Entwicklung der Universität in Richtung stärker anwendungsorientierter, technisch-naturwissenschaftlicher Fächer;
- Weiterentwicklung des Ausbildungsangebotes der Universität entsprechend der am Markt verlangten Qualifikationen;
- verbesserte Information der Wirtschaft über die vorhandenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im Saar-Lor-Lux-Raum.

Bildungsangebot beeinflusst wirtschaftliche Entwicklung

Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte in einer Region ist ein bedeutender Standortfaktor für ansässige ebenso wie für ansiedlungswillige Unternehmen oder für Existenzgründungen. Daher entscheidet die Angebotsstruktur des heutigen Bildungswesens auch mit über die Zukunftschancen des Landes.

Die CDU Saar setzt sich für eine verstärkte Berücksichtigung dieser Zusammenhänge in der Bildungspolitik ein. So sollte das Saarland in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft besondere Ausbildungsgänge für Abiturienten einrichten, die eine betriebliche Ausbildung anstreben. Darüber hinaus sollte nach Möglichkeit eine höhere Wirtschaftsfachschule als Management-Fachschule (in Abendform) wieder eingerichtet werden.

Investitionen weiter über die Gemeinschaftsaufgabe fördern.

Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ist nachweislich das wirksamste Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung. Das Saarland sollte versuchen, für die nächsten Jahre zumindest eine befristete Regelung zu erreichen, die dem Saarland verbesserte Förderkonditionen gewährt. Darüber hinaus setzt sich die CDU Saar dafür ein, den Miteinsatz des Sonderprogramms entsprechend dem zusätzlich notwendig gewordenen Personalabbau im Stahlbereich weiter aufzustocken. Außerdem soll die Anerkennung des Saarlandes als zusammenhängender Förder-schwerpunkt mit Nachdruck geltend gemacht werden.

Das entsprechende Ersatzprogramm des Landes ist fortzuführen, wenn der Bund den Wünschen nach Aufstockung der GA-Mittel für das Saarland nicht nachkommen sollte.

Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Die Attraktivität des Standortes Saar sollte auch durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur erhöht werden. Vorrang haben nach Ansicht der CDU Saar folgende Projekte:

- Zügiger Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße:
Der termingerechte Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Standortgunst des Saarlandes, insbesondere für die Eisen- und Stahlindustrie. Eine Verzögerung würde das Vertrauen vieler Investoren auf die fortdauernde Gültigkeit der für sie wichtigen Rahmenbedingungen erschüttern, den erheblichen Mitteleinsatz von Bund und Land in den vergangenen Jahren in seinen Wirkungen entwerten und die Bemühungen vieler in unserem Lande, die sich für die wirtschaftliche Zukunft des Saarlandes eingesetzt haben, nachträglich um den Erfolg bringen. Vor allem ist der Bau des Hafens Saarlouis/Dillingen voranzubringen.
Der Fertigstellung des Saarausbaues bis Ende 1986 im ersten Abschnitt bis Dillingen sollten unverzüglich der Ausbau durch die Lisdorfer Au und möglichst bis 1990 der Ausbau der Reststrecke bis Saarbrücken-St. Arnual folgen.
- Der Bau leistungsfähiger öffentlicher Häfen an der Saar unter Zusammenwirken von Land und betroffenen Gemeinden soll die Ausschöpfung aller Vorteile der Wasserstraße ermöglichen.
Außerdem wird die Möglichkeit einer Fortsetzung des Saarausbaues nach Saargemünd und die Schaffung eines Anschlusses an das französische Kanalnetz offengehalten.
- Ausbau der Bundesfernstraßen, insbesondere Fertigstellung der noch fehlenden Autobahnstrecken und der B 41 von Saarbrücken über Birkenfeld nach Mainz.
- Sicherung des Flughafens Saarbrücken-Ensheim und der wichtigsten Linienflugverbindungen.
- Beseitigung der erheblichen Mängel im Schienen-Personenfernverkehr; bessere Einbindung in das Intercity-Netz; Einrichtung einer TGV-Verbindung Paris-Metz-Saarbrücken-Mannheim-Frankfurt.
- Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs durch einen Verkehrsverbund Saar.

Für eine leistungs- und entwicklungsfähige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Teil der Wirtschaft und Gesellschaft. Die Agrarpolitik der CDU ist daher zugleich Gesellschaftspolitik und Politik zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Ihr Ziel ist eine leistungsfähige und umweltfreundliche einheimische Landwirtschaft auf der Grundlage des bäuerlichen Familienbetriebes im Voll-, Zu- und Nebenerwerb.

Wir brauchen die einheimische Landwirtschaft zur Sicherung der Ernährungsgrundlage, zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen, verbraucher-

gerechten, frischen Nahrungsmitteln zu angemessenen Preisen, zur Förderung des Wettbewerbs in der Nahrungsmittelversorgung und zur Erhaltung und Pflege einer gesunden, lebenswerten Umwelt.

Die CDU hat viel Verständnis für die Sorgen der Landwirte, die zu Recht über die bestehende europäische Agrarordnung klagen. Da die einschneidenden EG-Beschlüsse hinsichtlich der Ausgleichszahlungen im Agrarmarkt mit ganz erheblichen Einkommenseinbußen verbunden waren, haben Bundes- und Landesregierung Maßnahmen ergriffen, um die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern – gegen den heftigen Protest anderer europäischer Länder – gegen den Widerstand der SPD.

Die CDU Saar wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, daß unsere Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb bestehen kann.

Fremdenverkehr – Gastliches Saarland für Ferien und Freizeit

Das Saarland bietet durch seine landschaftliche Schönheit, seine verkehrsgünstige Lage und die bereits geschaffene Fremdenverkehrsinfrastruktur in zahlreichen Städten und Gemeinden, beste Voraussetzung für eine positive Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs.

Mit einer planmäßigen und kontinuierlich betriebenen Fremdenverkehrspolitik muß versucht werden, den Städte- und Individualtourismus sowie das Kongreßwesen auszubauen.

Schnellstmöglich sollte ein Fremdenverkehrs-Entwicklungsplan (Rahmenplan) mit Aussagen über Schwerpunkte weiterer touristischer-infrastruktureller Entwicklung erstellt werden.

Wegen der relativ kleinen Betriebsgrößen und seiner Zukunftschancen bietet der Fremdenverkehr im Saarland sehr gute Aussichten für unternehmerische Existenzgründungen. Gleichzeitig ergeben sich neue Ausbildungsplätze für unsere Jugend. Berufe vom Hotelkaufmann bis zum Koch, vom Reiseverkehrskaufmann bis zum Berufskraftfahrer, vom Reiseleiter bis zum Freizeitgestalter, eröffnen interessante Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die CDU Saar hält die Entwicklung einer mittel- und langfristigen touristischen Marketingkonzeption für dringend erforderlich; sie sollte aus Landesmitteln gefördert werden.

In diesem Zusammenhang ist eine entsprechende Personalausstattung des Landesfremdenverkehrs-Verbandes, insbesondere mit Fremdenverkehrs- und Marketingfachleuten, unumgänglich.

Auch im Fremdenverkehrsbereich sind Kooperationen mit Rheinland-Pfalz, dem Saar-Lor-Lux-Raum oder anderen Regionen sinnvoll, da sie häufig bei allen Partnern Ergänzungsmöglichkeiten bieten. Die CDU Saar fordert das Fremdenverkehrsgewerbe, die Landkreise und die Landesregierung auf, solche Kooperationen in die Wege zu leiten.

Freiheitliche Medienpolitik

Die CDU Saar tritt dafür ein, die neuen Kommunikationstechniken intensiv zu nutzen; dies bietet für unser Land die Chance, die durch die geographische Randlage bedingten Standortnachteile teilweise auszugleichen. Aus struktur- und beschäftigungspolitischen Gründen bietet sich das Saarland als Pionierland für die Möglichkeiten der Kabelkommunikation an. Mit der Kupferkabel-Breitbandverkabelung steht bereits jetzt eine Einstiegstechnologie zur Verfügung, die die Chance einer verbesserten Massenkommunikation bietet und eine größere Auswahl an Fernseh- und Hörfunkprogrammen in bester Empfangsqualität ermöglicht. Im Ausbau der Individual- und Bürokommunikation sieht die CDU Saar wichtige wirtschaftliche Tätigkeitsfelder; die Schaffung moderner Netzstrukturen entsprechend dem Stand der Kommunikationstechnik ist daher in enger Abstimmung mit der Deutschen Bundespost zügig voranzutreiben.

Die CDU Saar tritt weiter dafür ein, daß das Saarland bei der Zuteilung von Fernseh- und Hörfunkkanälen im Rahmen der künftigen Nutzung von direkt-abstrahlenden Satelliten und von Fernmeldesatelliten angemessen berücksichtigt wird. Saarländische Programmveranstalter müssen Zugangschancen zu den neuen Medien erhalten.

Mit dem neuen saarländischen Rundfunkgesetz schafft die CDU Saar die rechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung von Meinungs- und Programmvielfalt.

Saarländische Interessenten werden dadurch in die Lage versetzt, sich am künftigen Medienwettbewerb zu beteiligen.

Die Sicherung des Saarländischen Rundfunks und seine Teilhabe an neuen Entwicklungsmöglichkeiten bleibt für die CDU Saar ein zentrales Anliegen. Der Saarländische Rundfunk ist ein unverzichtbares Element der saarländischen Kultur- und Medienlandschaft. Die CDU Saar wird weiterhin bemüht bleiben, die Finanzierungsquellen für den Saarländischen Rundfunk langfristig zu sichern.

Die Neugestaltung der Medienlandschaft, insbesondere die länderübergreifende Nutzung der Satellitentechnik, schafft Raum für ein europäisches Programmangebot. Für eine europäische Mediengesellschaft mit mehrsprachigen Programmen und multinational zusammengesetzten Redaktionen ist bei den bereits vorhandenen Ansätzen das Saarland ein idealer Standort.

Die Umwelt – ein hohes Gut

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch die Zukunft der Menschheit sind so sehr bedroht wie nie zuvor in der Geschichte. Gerade die neuartigen Waldschäden sind für uns alle ein sichtbares Warnsignal. Der Schutz der Umwelt ist daher eines der großen Anliegen der CDU Saar zur langfristigen Sicherung der Lebensgrundlagen für die Bevölkerung. Die CDU Saar will Verständnis wecken für die Tatsache, daß der Mensch seine eigenen Lebensgrundlagen gefährdet, wenn er durch unüberlegte weitere Inanspruchnahme der freien Natur das Gleichgewicht stört. Vor jedem Eingriff in Natur und Landschaft sind daher sehr sorgfältig die Folgen zu ermitteln und dem erwarteten Nutzen gegenüberzustellen. Unvermeidbare Eingriffe müssen nach Auffassung der CDU Saar in geeigneter Form ausgeglichen werden. Dabei ist insbesondere für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu sorgen. Die zuständigen Behörden sind aufgefordert, verstärkt die gesetzlichen Handhaben (Baugesetze, Immissionsschutzgesetze, Wassergesetze, Naturschutzgesetze) einzusetzen. Neue Technologien (z.B. Trockenaufbereitung von Bergeschlämmen statt Absinkweiher) sollen verstärkt gefördert werden, um unnötigen Landschaftsverbrauch oder die Zerstörung wertvoller Biotope zu verhindern. Die CDU Saar appelliert an die Bürger, durch Selbstdisziplin die Zersetzung der Landschaft sowie die Verunreinigung von Wasser und Luft zu verhindern zu helfen.

Umwelt und Wirtschaft – keine Gegensätze

Ökologie und Ökonomie sind keine unversöhnlichen Gegner. Die CDU Saar tritt für die Versöhnung beider Bereiche ein und fordert, daß die Umweltpolitik sich am Prinzip der ökologischen Vorsorge orientiert. Die unbestreitbaren Spannungen zwischen Ökologie und Ökonomie dürfen wir nicht verdrängen; wir müssen sie austragen und wirtschaftlich fruchtbar machen, indem wir umweltfreundliche Technologien entwickeln und anwenden. Damit auch künftige Generationen die Ressourcen unserer Erde möglichst unbelastet nutzen können, sollen Belastungen und Schädigungen von vornherein auf das Nötigste begrenzt werden. Die CDU Saar ist der Überzeugung, daß wirtschaftliche Stabilität bei steigender Umweltqualität erreichbar ist. Sie wird alles tun, damit im Saarland verantwortungsvolles Wirtschaften im Einklang mit der Natur steht. Es gibt keinen Anlaß, die großen umweltpolitischen Aufgaben unserer Zeit mit den Instrumenten des Sozialismus anzugehen, denn der Sozialismus ist nachweisbar nicht imstande, mit wirtschaftlichen Ressourcen umzugehen. Die CDU Saar tritt für eine konsequente Umweltpolitik im Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft ein.

Der Wald darf nicht sterben

Die CDU Saar tritt dafür ein, daß die Ursachen der "neuartigen Waldschäden" schnell und umfassend erforscht und alle möglichen Maßnahmen zur Wiedergesundung unserer Wälder ergriffen werden.

Neben den politischen Entscheidungen der Bundesregierung und den teilweise erst durch sie bewirkten technologischen Innovationen, wie die Entgif-

tung der Abgase aus Kraftfahrzeugen und Kraftwerken, sind auch seitens der Forstwirtschaft geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Stabilität unserer Wälder durchzuführen. Das bereits seit einigen Jahren laufende Programm zur Erhöhung der Anbaufläche der Laubbäume im Saarland und die gezielte, den besonderen Gegebenheiten angepaßte Waldpflege, reichen nicht aus.

Notwendig sind darüber hinaus vorbeugende und heilende Boden-sanierungsmaßnahmen, die den immissionsbedingten Nährstoffaustrag aus dem Boden ausgleichen sowie die gezielte Behandlung geschädigter Bestände. Dadurch wird der Gesundheitszustand der Wälder gefestigt, so daß die Einflüsse der Schadstoffe abgemildert und die Bestände widerstandsfähiger gegen nachteilige klimatische Einflüsse und Angriffe von Schädlingen werden.

Reine Luft – auch im Ballungsgebiet

Obwohl das Saarland durch seine Wirtschaftsstruktur zu den Belastungsgebieten zählt, wird überall ein Rückgang der Schadstoffe registriert. Dazu hat die verbesserte Reinigungstechnik beigetragen. Der Schadstoffausstoß wird auch weiter beträchtlich zurückgehen durch die neue Technische Anleitung (TA) Luft, die Großfeuerungsanlagenverordnung sowie die Einführung des Abgaskatalysators für Kraftfahrzeuge.

Damit die lufthygienischen Verhältnisse im Saarland noch besser werden, tritt die CDU Saar ein für

- die weitere Verringerung des Schwefelgehaltes des leichten Heizöls,
- den weiteren Ausbau der Fernheizschiene Saar,
- die Verbesserung der Brennertechnik und
- die Überwachung optimaler Brennereinstellung.

Diese umweltpolitische Anstrengung im eigenen Lande muß ergänzt werden durch gleichgerichtete Luftreinhaltepolitik nicht nur der benachbarten Bundesländer, sondern auch des Auslandes, weil ein nicht unerheblicher Teil der Luftschadstoffe unfreiwillig von dort importiert wird. Das Saarland darf erwarten, daß seine eigenen Anstrengungen zur Reduzierung weittragender Emissionen von gleich starken Bemühungen benachbarter Länder des In- und Auslandes honoriert werden.

Saubere Gewässer – gesundes Wasser

In einem Land mit nur wenig ergiebigen Oberflächengewässern kommt der Gewässerqualität entscheidende Bedeutung zu. Durch den Bau leistungsfähiger dreistufiger Kläranlagen (mechanisch, chemisch, biologisch) ist dafür Sorge zu tragen, daß die Güte saarländischer Wasserläufe entscheidend verbessert, und mindestens die Gewässergüteklasse II erreicht wird. Beim Bau von Kleinkläranlagen sollten bevorzugt naturnahe Klärverfahren gewählt werden (z.B. unbelüftete oder belüftete Abwasserteiche). Insbesondere mit unserem Nachbarn Frankreich muß weiter verhandelt werden, um dort eine entsprechende Abwasserreinigung zu erreichen. Die Selbstreinigungskraft der Gewässer ist, soweit wie möglich, durch Renaturierung unter besonderer

Rücksicht der Ufervegetation wieder herzustellen. In Erkenntnis weiter steigenden Bedarfs nach Brauch- und Kühlwasser, der vorrangig aus oberirdischen Gewässern gedeckt werden soll, ist vorsorglich die Errichtung weiterer Stauseen vorzubereiten.

Die CDU Saar tritt außerdem dafür ein, den Schutz des Grundwassers erheblich zu intensivieren.

Schutz für unseren Boden

Der Boden ist seit langem vielfältigen Belastungen ausgesetzt, die menschlicher Aktivität entstammen und im Zuge der industriell-technischen Entwicklung sehr stark zugenommen haben.

Ziele der Bodenschutzpolitik der CDU Saar sind daher:

- die biologische Funktionsfähigkeit des Bodens zu erhalten oder wiederherzustellen;
- den Bodenverbrauch durch Rohstoffabbau oder Überbauung in Grenzen zu halten.

Die Erhaltung, Sicherung und Wiederherstellung der biologischen Funktionsfähigkeit des Bodens erfordert vor allem eine Reduzierung der Schadstoffe (z.B. Schwermetalle, Schwefel- und Stickstoffdioxid, Pestiziden).

Diese Politik der Reduzierung des Schadstoffeintrags beim jeweiligen Emittenten bedarf der Ergänzung durch

- Förderung umweltverträglicher landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsmethoden, insbesondere des ökologischen Landbaus, aber auch des integrierten Pflanzenbaus als dessen Vorstufe;
- Aufbau und Pflege vielfältiger Gehölz- und Heckenstrukturen in der Feldlandschaft.

Müll – nicht nur zum Wegwerfen

Die CDU Saar tritt ein für eine Strategie der Abfallvermeidung und Abfallverwertung. Zur Vermeidung von Abfall sollen abfallarme Produkte entwickelt und die Mehrwegverpackung begünstigt werden. Die CDU Saar empfiehlt Methoden zur verstärkten Rückgewinnung verwertbarer Rohstoffe wie Papier, Metallen, Kunststoffen und Glas, die Gewinnung von Kompost aus Garten- und Küchenabfällen sowie die Gewinnung von Energie aus dem übrigen Müll. Zur getrennten Sammlung unterschiedlich verwertbarer Abfälle sollte auch im Saarland das System "Grüne Mülltonne" geprüft werden. Zur Beseitigung von Sondermüll tritt die CDU Saar für einen Verbund mit anderen Ländern ein.

Lärm muß nicht sein

Lärm muß nach Auffassung der CDU Saar, soweit wie möglich, vermieden, unvermeidbarer Lärm eingedämmt werden. Die Einführung leiserer Fahrzeuge, Maschinen, Anlagen und Betriebsverfahren, insbesondere im Straßen-, Luft- und Schienenverkehr, aber auch in Industrie und Gewerbe sollten eine besondere Förderung erfahren. Vor Verboten müßten Entwicklungs- und Be-

nutzungsanreize stehen. Insbesondere der Verkehrslärm ist durch technische Maßnahmen an den Fahrzeugen zu verringern.

Arten- und Biotopschutz – eine wichtige Aufgabe

Viele unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht. Für die CDU Saar sind deshalb umfassende und wirkungsvolle Maßnahmen des Artenschutzes ein Gebot der Stunde. Eine wesentliche Forderung ist die verstärkte Ausweisung von Naturschutzgebieten, von geschützten Landschaftsbestandteilen und von Naturdenkmälern. Alle gefährdeten Biotoptypen sollen umfassend geschützt werden.

Der Arten- und Biotopschutz hat auch im landwirtschaftlich genutzten Bereich seine Berechtigung. Er dient nicht nur der Erhaltung der ökologischen Stabilität, sondern schafft auch die Voraussetzungen für eine biologische Schädlingsbekämpfung und führt somit zu einer Minderung des Einsatzes von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln. Auch in den Wirtschaftswäldern soll ein Netz vielfältiger Biotope erhalten und weiter aufgebaut werden.

Unsere Verantwortung für den Artenschutz endet nicht an der Landesgrenze. Die Bemühungen um Erhaltungszuchten bedrohter Tierarten sind zu fördern.

Bei der Schädlingsbekämpfung im Wald ist umweltfreundlichen Methoden, insbesondere biologischen und biotechnischen Verfahren, der Vorzug zu geben.

In Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte sind zum Ausgleich für versiegelte Flächen vielseitige Grünbestände aufzubauen. Die öffentlichen Grün- und Parkanlagen sind so zu gestalten, daß möglichst artenreiche Bestände entstehen können.

Zur naturgerechten Gestaltung und Bewirtschaftung privater Gärten und Grünflächen sollen für den Arten- und Biotopschutz Empfehlungen ausgearbeitet werden. Die CDU Saar wird auf den verstärkten Verzicht von chemischen Behandlungsmitteln im privaten Bereich hinwirken.

Auch die Straßenrandpflege ist nach ökologisch abgestimmten Pflegeplänen neu zu konzipieren.

Schließlich sind auch die naturnahen Gewässerrandbereiche in vollem Umfang zu erhalten. Besonders wichtig ist, daß kanalisierte und verrohrte Bachläufe, wo immer die Möglichkeit gegeben ist, renaturiert werden.

Die Erstellung von Landschaftsplänen auf Orts-, Gemeinde- und Kreisebene soll verstärkt angeregt und gefördert werden.

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung

Die Bedeutung der Familie für den einzelnen wie auch für die Gesellschaft insgesamt steht im Mittelpunkt der Politik der CDU Saar. Da die Familienpolitik enge Beziehungen zur Frauen-, Jugend- und Bildungspolitik, Wohnungsbau-, Städtebau-, Umwelt-, Arbeitsmarkt-, Rechts- und Finanzpolitik sowie

Verkehrs- und Gesundheitspolitik hat, müssen auch in diesen Bereichen die Belange der Familie Berücksichtigung finden. Nur so können wir das Ziel einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft erreichen.

Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft für die personale Entfaltung des Menschen. In der Familie finden Menschen in den unterschiedlichsten Ausprägungen des Familienlebens ihren Raum für ein sinnerfülltes Leben in mitmenschlicher Gemeinschaft:

Hier können Geborgenheit, Angenommensein, Anerkennung, gegenseitige Hilfe und Verantwortung füreinander und für andere erfahren werden. Die gesicherte Beständigkeit der Beziehung macht die Familie fähig, auch Belastungen durchzuhalten, ohne daß dadurch die personale Zuwendung sofort in Frage gestellt wird.

Das Leitbild der CDU Saar ist die partnerschaftliche Familie, die geprägt ist von der Partnerschaft zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern.

Familie ist somit gelebtes menschliches Miteinander mit allen Chancen und Möglichkeiten, aber auch Problemen. In der Familie kann Solidarität eingeübt werden; untereinander, zwischen den Generationen und nach außen. Gleichberechtigung und Partnerschaft lassen sich in der Familie verwirklichen und für jedes Familienmitglied erfahren.

Die CDU Saar begrüßt die in Angriff genommene Neuordnung des Familienlastenausgleichs. Der besondere Stellenwert der Familienpolitik für diese Bundesregierung zeigt sich daran, daß erste – durch eine konsequente Konsolidierungspolitik geschaffene – finanzielle Handlungsspielräume zielbewußt zugunsten dieses Bereiches ausgeschöpft werden. Die vorgesehenen Maßnahmen führen zu einer finanziellen Verbesserung der Familie von insgesamt rund 8 Mrd. DM jährlich. Diese neue Familienpolitik stellt nicht nur einen Erfolg für die Familien dar, sondern ist auch ein Erfolg für unsere Partei, da nunmehr verwirklicht wird, was die CDU Saar seit Jahren fordert.

Familien brauchen ein ausreichendes Angebot an preiswertem und familien-gerechtem Wohnraum. Die CDU Saar mißt deshalb der staatlichen Hilfe für den Eigenheimbau oder -kauf besondere Bedeutung bei. Sie fordert neben der für 1987 vorgesehenen Erhöhung des sogenannten Baukindergeldes auch die Berücksichtigung alter Menschen in der Familie als Förderungsmerkmal beim Wohnungsbau, um so den Zusammenhalt der Generationen zu stärken.

Gleichberechtigung der Frau

Die CDU Saar tritt für die volle rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung der Frau in allen Lebensbereichen ein. Sie sieht in der Gleichberechtigung nicht Gleichheit, sondern Gleichwertigkeit der Aufgaben von Mann und Frau. Daher muß Partnerschaft zwischen Mann und Frau über den Bereich von Ehe und Familie hinaus auch in der Arbeitswelt sowie im gesellschaftlichen und politischen Raum verwirklicht werden. Die CDU Saar lehnt Rollenklischees ab, wonach die Frau entweder nur als Hausfrau oder im Beruf ihr Glück verwirklichen kann. Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie ihre

persönliche Entfaltung entweder in der Familie, in einer außerhäuslichen Berufstätigkeit oder in der Verbindung beider finden will.

Die Anerkennung von Erziehungszeiten (Babyjahr) als rentenbegründend und rentensteigernd ist ein neuer Weg in der Sozialpolitik. Erstmals wird damit die Erziehungsleistung, die Leistung der Mutter, im Sozialrecht anerkannt.

Die Regierung Kohl setzt damit die Tradition vorangegangener CDU-Regierungen fort, die in den ersten 20 Jahren unserer Republik das soziale System geschaffen haben.

Nach 13 Jahren gleichmacherischer Verteilungspolitik werden nun erstmals wieder neue, zukunftsorientierte Akzente in der Sozialpolitik gesetzt.

Die Probleme des Arbeitsmarktes dürfen jedoch nicht auf Kosten der Frauen gelöst werden. Frauen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten und ihre Tätigkeit gegen ihren Willen auf eine Hausarbeit zu beschränken, ist kein akzeptabler Weg, da er gegen das Recht auf Selbstverwirklichung der Frau und gegen den Gedanken der Partnerschaft zwischen Mann und Frau verstößt. Vielmehr ist es Aufgabe der Tarifpartner, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der öffentlichen Hand, auch für Frauen das "Freiheitsrecht auf Arbeit" (Grundsatzprogramm der CDU) durchzusetzen.

Die CDU Saar fordert die Tarifpartner auf, bei Vereinbarungen über künftige Arbeitszeitverkürzungen eine "Kinderbetreuungskomponente" für diejenigen Frauen oder Männer einzubauen, die kleine Kinder zu versorgen haben. Das wäre eine Form der Arbeitszeitverkürzung, durch die die Aufgaben in der Arbeitswelt und in der Familie besser miteinander vereinbart werden können. Eine solche Form der Arbeitszeitverkürzung hat zudem den Vorteil, daß sie zeitlich begrenzt ist und einen wesentlichen Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens darstellt.

Moderne Formen der Arbeitszeitgestaltung, Teilzeitarbeit, Arbeitsplatzteilung und gleitende Arbeitszeit müssen da, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind, verstärkt angeboten werden. Sie müssen versicherungsrechtlich und tarifpolitisch mit der Vollzeitarbeit gleichgestellt werden; sie dürfen keine Arbeitsform minderer Ordnung sein.

Frauenbeauftragte der Landesregierung

Sie soll Gesetzesvorhaben und Verordnungen auf Benachteiligungen von Frauen überprüfen und Vorschläge zur Durchsetzung von frauenfördernden Maßnahmen erarbeiten. Die Frauenbeauftragte soll ferner Anlaufstelle für Einzelanliegen von Frauen sein.

Hilfestellung für Alleinerziehende

Die Zahl der alleinerziehenden Mütter und Väter steigt ständig. Diese bilden zur Zeit einen Anteil von ca. 15 % der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren. In vielen Fällen ist der Alltag Alleinerziehender belastet durch besondere Probleme wie: geringes Einkommen, Wohnungssorgen, Zeit- sowie Betreuungsschwierigkeiten mit den Kindern. Seelische Belastungen durch Verlassensein, Trennung, Scheidung oder Witwenschaft kommen häufig hinzu. Dies zusam-

men bedeutet für viele Mütter und Väter, die ihre Kinder allein versorgen, oft eine körperliche und seelische Überforderung, die dringend der Hilfestellung durch jeden einzelnen, aber auch durch Politik und Gesellschaft bedarf.

Die Union begrüßt in diesem Zusammenhang die ab Januar 1986 vorgesehene Einführung des Erziehungsgeldes sowie des rentensteigernden Erziehungsjahres.

Die Union tritt ein

- für mehr familienergänzende Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern Alleinerziehender;
- für ein ausreichendes Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen;
- für mehr gleitende und flexible Arbeitszeit;
- für eine bessere Abstimmung der Öffnungszeiten von Kindergärten mit den Arbeitszeiten der Eltern.

Gesichertes und sinnerfülltes Leben auch im Alter

Der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft ist heute größer denn je und weiter im Steigen begriffen.

Durch verbesserte Lebensbedingungen und den medizinischen Fortschritt erreichen immer mehr Menschen ein immer höheres Alter bei guter körperlicher, geistiger und seelischer Verfassung. Diese Entwicklung ist besonders deswegen erfreulich, weil sie einhergeht mit steigenden Aktivitäten der Älteren im familiären, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich.

Unsere Gesellschaft braucht die Erfahrung und den Rat der alten Mitbürger, auf deren Lebensleistung sie aufbaut.

Ziel der Seniorenpolitik der CDU Saar ist es, den alten Menschen ihren sozialen Status, ihre Selbständigkeit und Würde zu bewahren und die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken.

Diejenigen unter uns, die die Erwerbsphase ihres Lebens hinter sich haben, müssen möglichst eingebunden bleiben in das normale familiäre und außerfamiliäre Leben.

Die CDU Saar verkennt aber auch nicht die Probleme, die viele alte und alternde Menschen haben. Krankheit und Schwäche lähmen zuweilen die Aktivität der Alten und machen sie abhängig von der Hilfe ihrer Umwelt. Der beruflichen Aufgaben sowie zahlreicher anderer sozialer Funktionen beraubt, erscheint vielen alten Menschen das Leben leer oder gar sinnlos.

Gleichzeitig ist der Funktionsverlust eine der wesentlichen Ursachen für die soziale Isolation des Alters. Mit dem Ausscheiden aus dem Beruf ändern sich die sozialen Beziehungen in entscheidender Weise; die mit dieser Umstellung verbundene Gefahr zum sozialen Konflikt ist im Bereich der Familie, aber auch der Wohngemeinde, besonders groß.

Die geschwächte Innen- und Außenstabilität vieler alter Menschen wird noch durch das relativ geringe soziale Prestige des Alters in unserer Gesellschaft

verstärkt, was seinerseits wiederum durch Überbewertung der beruflichen Leistung in der industriellen Gesellschaft bedingt ist.

Es ist keineswegs eine Erfindung unserer Gesellschaft, die ja als "Leistungsgesellschaft" charakterisiert wird, daß man den einzelnen gemäß seines Beitrages, den er zur Existenzfähigkeit seiner sozialen Gruppe erbringt, einstellt und behandelt. Allerdings unterscheiden sich Gesellschaften in der Art und im Umfang dessen, was sie von einzelnen Schichten der Gesellschaft verlangen.

Jedenfalls ist nach Ansicht der CDU Saar eine Gesellschaft nur dann human, wenn sie der älteren Generation ein gesichertes und sinnerfülltes Leben in einem der Menschenwürde entsprechenden Rahmen ermöglicht. Es ist daher wichtig, darauf zu achten, daß unsere älteren Mitbürger nicht in die Randzone des politischen Bewußtseins und Handelns abgedrängt werden. Gesellschaft und Staat sind aufgerufen, die Lebensbedingungen für sie so zu gestalten, daß sie ihren Lebensleistungen gerecht werden. Daher ist es nicht nur eine selbstverständliche Dankespflicht, den Älteren ihren Platz mitten unter den Jüngeren zu sichern. Isolation und damit verbundene Vereinsamung der älteren Menschen würde Verarmung für uns alle bedeuten. Vor allem die materielle Sicherung alter Menschen ist die Voraussetzung dafür, daß diese am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gemeinschaft teilnehmen können.

Ein bedeutender Punkt für mehr Lebensqualität im Ruhestand ist nach Ansicht der CDU Saar auch, daß die Bildungsarbeit mit den älteren Bürgern weiter vorangebracht wird. Ausgangspunkt aller Überlegungen und Bemühungen, mit älteren Menschen Bildungsarbeit zu betreiben, ist die Einsicht, daß diese die Welt verstehen müssen, in der sie leben und in der ihre Kinder, Enkel und Mitmenschen sich bewegen. Es ist wichtig, daß der ältere Mensch das Grundgefüge des aktuellen Zeitgeschehens begreift, Ereignisse beurteilen kann, Hintergründe, Folgen und Ursachen erkennt und Schlüsse zu ziehen vermag, die sein Verhalten beeinflussen und seine Lebensverhältnisse verändern können. Er muß sich beteiligt fühlen an den fortlaufenden Entwicklungen, er muß Strukturen, Bedingungen, Spielregeln durchschauen und bewerten können. Gerade das allgemeine Informiertsein ist Voraussetzung und Grundlage für gute partnerschaftliche Beziehungen, besonders zwischen den Generationen. So sind nach Meinung der CDU Saar praktische Methoden zu finden, wie ältere Menschen aktiviert werden und sich aus ihrer Rolle des passiven Konsumenten in die Rolle des aktiv Beteiligten begeben können.

Was den Bereich der offenen Altenhilfe betrifft, so wird die CDU Saar dafür Sorge tragen, daß die hervorragende Arbeit der Sozialstationen in der Krankenpflege durch vermehrte Einstellung von Alten- und Familienpflegerinnen weiter verbessert wird.

Im Saarland stehen ausreichend Altenheimplätze zur Verfügung. Damit die Bewohner von Altenheimen, auch wenn sie pflegebedürftig werden, im selben Haus bleiben können, sollen durch teilweise Umwidmung in Pflegeplätze in möglichst allen Einrichtungen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Grundsätze unserer Sozialpolitik

Die Sozialpolitik der CDU Saar dient dem Ziel, jedem einzelnen einen möglichst großen Freiheitsraum für seine persönliche Entfaltung zu sichern, ihn aber gleichzeitig als mitverantwortliches Glied in eine solidarische Gemeinschaft einzubinden.

Eigenverantwortliche Lebensgestaltung, Leistungsbereitschaft und Verantwortung einerseits und Hilfe der Gemeinschaft da, wo der einzelne seine Probleme nicht alleine lösen kann, z.B. bei Krankheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit, andererseits, sollen allen ein menschwürdiges Leben ermöglichen.

CDU-Politik beginnt nicht damit, Hilfen zur Bewältigung eingetretener Not-situationen zur Verfügung zu stellen, sie will vielmehr rechtzeitig und vorsorglich Gefährdungen und Fehlentwicklungen vermeiden.

Hilfen sollen Eigeninitiativen wecken und verstärken. In einer immer komplizierter werdenden Welt hält die CDU Saar sozialpolitische Planung des Staates für unerlässlich. Sie lehnt aber staatliche Bevormundung ab.

In Aktivitäten von Kirchen, freigemeinnützigen Organisationen, Verbänden, Selbsthilfeeinrichtungen usw. sieht sie die wertvollen Bausteine einer gewachsenen sozialen Ordnung, die Anerkennung und Unterstützung verdienen. Diese Aktivitäten haben Vorrang vor den staatlichen Hilfen, die bei Bedarf ergänzend einsetzen müssen.

Sogenannte offene Hilfen, wie z.B. psychosoziale Beratungsstellen, Sozialstationen, ambulante Pflegedienste, offene Jugend- und Altenarbeit, Essensdienste, sind für die Betroffenen weniger einschneidend in ihre persönliche Sphäre und sind deshalb in der Regel die sachgerechtere und menschlichere Hilfe und stationärer Einweisung vorzuziehen.

Behinderten helfen

Die körperlich, seelisch und geistig Behinderten und ihre Familien bedürfen der besonderen Hilfe und Zuwendung der Gemeinschaft.

Ziel jeglicher Hilfe ist es, drohende Behinderung oder deren Verschlimmerung zu verhüten, die Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die Behinderten gleichwertig in die Gesellschaft einzugliedern.

Im Saarland besteht ein vielfältiges Hilfsangebot zur Früherkennung und Beratung sowie der Betreuung Behinderter.

Mängel, die beseitigt werden müssen, sieht die CDU Saar vor allem noch im Bereich der baulichen Gestaltung von öffentlichen und privaten Anlagen. Hinzu kommt ihr Anliegen, Behinderten so weit wie möglich die Eingliederung in das Arbeitsleben als Teil der gesellschaftlichen Integration zu erleichtern. Dies bedeutet zum einen, daß Behinderte in besonderem Maße vor einem Verlust des Arbeitsplatzes bewahrt bleiben sollen; zum anderen soll ihnen ausreichende Hilfe bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben gegeben werden.

Gefährdete nicht allein lassen

Die Gefährdung der Menschen durch Sucht nimmt zu. Hilfen für Drogen- und Rauschmittelabhängige, Alkoholranke und Nichtseßhafte sind in den vergangenen Jahren erheblich verstärkt worden. Dennoch haben sie den negativen Trend nicht aufhalten können. So kommt der Vorbeugung und Aufklärung noch größere Bedeutung zu als in der Vergangenheit.

Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern Heimat geben

Die Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, die zu uns kommen, sollen als gleichberechtigte Bürger unter uns leben. Daher hat die Landesregierung ihr ganzes Bemühen darauf zu richten, diesen die Eingliederung auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Lebens zu erleichtern. Dies gilt besonders für die Sprachförderung, die Beschaffung von Arbeitsplätzen und Wohnungen.

Die CDU Saar ist der Auffassung, daß die Landesaufnahmestelle für Vertriebene und Flüchtlinge (Edith-Stein-Siedlung) in Lebach einer umfassenden baulichen Renovierung bedarf.

Ausländische Mitbürger unterstützen

Die ausländischen Mitbürger bedürfen unserer Unterstützung. Vor allem beratenden Hilfen mißt die CDU Saar große Bedeutung zur Beseitigung von Isolation, Angst und Unsicherheit bei. Durch Aufklärung über unser Schul- und Bildungswesen und staatliche sowie verbandliche Fördermaßnahmen wollen wir die Lebenschancen ausländischer Jugendlicher weiter verbessern. Durch gezielte Information und Motivation sollte die Bereitschaft der ausländischen Eltern gestärkt werden, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken, da der Kindergartenbesuch die schulische und damit vor allem die gesellschaftliche Integration erleichtert.

Qualität des Gesundheitswesens weiter steigern

Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge sind die wichtigsten Grundlagen der Gesundheitspolitik. Eigenverantwortliche gesunde Lebensführung verbessert die eigene Lebensqualität und ist ein solidarischer Beitrag zur Sicherung der Qualität unseres Gesundheitswesens insgesamt.

Die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung im Saarland ist im allgemeinen gut. Verbesserungen sind durch eine gleichmäßigere Streuung von Facharztpraxen, vor allem in den ländlichen Bereichen, anzustreben.

Das Saarland hat auch ein leistungsfähiges Krankenhauswesen in guter räumlicher Verteilung. Dieses muß durch Um- und Ersatzbauten und durch stetige Entwicklung auf seinem hohen Standard gehalten werden.

Psychosoziale therapeutische Einrichtungen (z.B. Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie therapeutische Einrichtungen für Alkohol- und Drogengefährdete) sind nachdrücklich zu fördern.

Die berechtigten Wünsche der Bürger nach bestmöglicher gesundheitlicher Vor- und Fürsorge und ebenso die berechtigten Anliegen, als Beitragszahler der Krankenkassen vor unnötigen Belastungen bewahrt zu werden, erfordern ein sorgfältiges und verantwortungsbewußt abwägendes Handeln aller am Gesundheitswesen Beteiligten.

Sozialstationen leisten hervorragende Arbeit

Die CDU-Landesregierung hat vor zehn Jahren damit begonnen, im Saarland ein flächendeckendes Netz von Sozialstationen zu errichten. Diese haben sich inzwischen zu Zentralen der Mitmenschlichkeit entwickelt, die für Kranke, Alte, Behinderte und Familien sehr segensreich wirken.

Für viele Mitbürger kann durch die Arbeit der Sozialstationen eine Einweisung in Krankenhäuser, Alten- oder Pflegeheime vermieden oder ein stationärer Aufenthalt in einer solchen Einrichtung verkürzt werden. Dadurch wird die notwendige Hilfe nicht nur kostengünstiger, sondern vor allem menschlicher gewährt.

Durch Kranken- und Altenpflegekurse der Sozialstationen werden Familienmitglieder und Interessierte zu entsprechender Hilfe befähigt; so wird auch mehr Verwandten- und Nachbarschaftshilfe ermöglicht.

Der weitere personelle Ausbau der Sozialstationen und deren finanzielle Sicherung sind ein besonderes Anliegen der CDU Saar.

Unserer Jugend gehört die Zukunft – Einsteigen statt Aussteigen

Die CDU Saar will die freie Entfaltung des jungen Menschen in einer auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegründeten Gesellschaft. Jeder junge Mensch muß sein Leben eigenverantwortlich gestalten und seinen Platz in Beruf und Gesellschaft finden können. Die CDU Saar bekennt sich zu ihrer Aufgabe, als politische Partei Mitverantwortung dafür zu tragen, daß der jungen Generation eine sinnvolle Integration in die Gesellschaft möglich ist.

Dies ist heute nicht immer leicht. Die Gesellschaft erscheint Jugendlichen häufig als zu kalt, anonym, undurchschaubar und manchmal bedrohlich. Viele Jugendliche beklagen den Mangel an Zuwendung, an persönlicher Geborgenheit und sozialem sowie gefühlsmäßigem Angenommensein; viele empfinden Unsicherheit und Zukunftsangst, nicht zuletzt angesichts der Entwicklung moderner Technologien. Angesichts solcher Empfindungen bleibt die CDU Saar offen und sensibel für die verstärkt an die Politik herangetragenen neuen Fragestellungen.

Die Anliegen junger Menschen sind vielfältig. Insbesondere geht es um einen verantwortbaren Lebensstil in der Welt und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt. Vorhanden ist die Sehnsucht nach Frieden und die Forderung nach mehr Moral in der Politik.

Für die Jugend bedeutet materieller Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Konsum nicht alles, vielmehr gewinnen auch immaterielle Zielsetzungen an

Bedeutung. Mehr denn je sind Perspektiven, Ideale und persönliche Vorbilder gefragt.

Obwohl wir als CDU Saar von der moralischen Begründetheit unseres politischen Systems und einer gesellschaftlichen Ordnung überzeugt sind, muß gesehen werden, daß der technische Fortschritt und die Zivilisation unserer Industriegesellschaft auch "menschliche Kosten" mit sich gebracht haben.

Es gibt nicht den einfachen Weg des Aussteigens aus der Industriegesellschaft; ein solcher Schritt hätte zusätzliche Millionenarbeitslosigkeit und die Zerstörung unserer sozialen Sicherungssysteme zur Folge. So gesehen hält die CDU Saar eine Rückkehr zu vorindustriellen Lebensverhältnissen weder für möglich noch für wünschenswert.

Die CDU Saar will menschlichen Alternativen in unserer Gesellschaft mehr Raum geben. Wir wollen die Belange von Ökonomie und Ökologie miteinander versöhnen. Unsere Vorstellung eines qualitativen Wirtschaftswachstums nimmt Rücksicht auf die Natur und ihre Belange.

Die CDU Saar bezieht den Willen vieler junger Menschen zu einem einfacheren, bescheideneren und gemeinschaftlicheren Leben in ihre Politik mit ein. Wir betonen die Ehrfurcht vor der Natur, finden uns nicht ab mit der Bedrohung und Zerstörung von Beziehungen im menschlichen Bereich, bleiben sensibel gegenüber Unrecht und Not und streben im Dialog mit der Jugend nach realistischen Lösungsperspektiven.

Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Die CDU Saar nimmt die Sorge der jungen Mitbürger um Bildung, Ausbildung, Arbeit und soziale Sicherheit sehr ernst und betont vor diesem Hintergrund den hohen Stellenwert des Kampfes gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Es wird für die Jugendlichen zunehmend schwieriger, nach Beendigung der Schule oder einer betrieblichen Ausbildung einen Arbeitsplatz zu bekommen. So steht immer öfter Arbeitslosigkeit am Anfang des beruflichen Weges, was zu einer Schwächung des Selbstvertrauens der Jugendlichen und zu einer Beeinträchtigung ihrer Motivation führt.

Jugendarbeitslosigkeit verhindert die Teilhabe an der Gesellschaft und bedroht das Selbstwertgefühl jedes Betroffenen. Arbeit, mit der man sich identifizieren kann, stellt gerade für Jugendliche einen wesentlichen Teil der Sinngebung ihres Lebens dar. Arbeit ist mehr als reiner Broterwerb. Wichtig sind der Kontakt zu Arbeitskollegen, Leistungsanforderungen, Erfolgserlebnisse, persönliche Anerkennung und damit die Vermittlung von Selbstvertrauen und Selbstbestätigung. Persönliches Glück erfährt nur der, der sich einer Aufgabe gegenüberstellt und sie zu lösen vermag.

Jugendarbeitslosigkeit ist ein Teilproblem der allgemeinen Arbeitslosigkeit und resultiert ebenfalls aus dem allgemeinen Arbeitsplatzdefizit. Erforderlich ist daher vor allem eine Förderung des wirtschaftlichen Wachstums mit den Mitteln der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Förderung von Investitionen und die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll die Unternehmen ermuntern, mehr Arbeitsplätze anzubieten.

Alle Anstrengungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen müssen das Ziel haben, Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, die der Qualifikation der Jugendlichen entsprechen und eine unterwertige Beschäftigung verhindern. Vor allem benachteiligte Gruppen Jugendlicher sind alle Hilfen zur Eingliederung in die Arbeitswelt und in die Gemeinschaft zu geben. Mit Blick hierauf ist das Sonderprogramm des Landes zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit durch Förderung der Anschlußbeschäftigung von ausgebildeten Jugendlichen ein Schritt in die richtige Richtung. Ausgehend von diesem Anschlußbeschäftigungs-Programm der saarländischen Landesregierung stellt sich nach Meinung der CDU Saar für die Zukunft die Aufgabe der schrittweisen Mittelverlagerung vom Ausbildungsbereich in den Bereich der Anschlußbeschäftigung; denn die in der Vergangenheit qualifiziert ausgebildeten Jugendlichen drängen nunmehr verstärkt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt.

Ausbildung – Grundstock der beruflichen Zukunft

Die Zahl der pro Jahr neu zu besetzenden Ausbildungsplätze konnte im Saarland von etwa 9.700 im Jahre 1975 auf rund 14.000 im Jahre 1984 gesteigert werden. Das Saarland partizipierte an der Steigerung der Zahl während der letzten Jahre bundesweit jemals neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverhältnissen überproportional.

Trotz aller Ausbildungsrekorde müssen – wie bereits in den vergangenen Jahren – auch künftig alle Anstrengungen unternommen werden, um genügend qualifizierte Ausbildungsplätze bereitzustellen. Es bleibt das Ziel der CDU Saar, jedem Jugendlichen im Lande die bestmögliche Chance zur beruflichen Ausbildung zu sichern. Industrie, Handel, Handwerk, freie Berufe und öffentliche Verwaltung dürfen in ihren Ausbildungsbemühungen nicht nachlassen. Sie müssen weiterhin ihren Beitrag leisten, um die Berufsnot junger Menschen zu beseitigen. Aber auch diese müssen wissen, daß die Qualifizierung im jugendlichen Alter eine Investition für das ganze Leben ist, daß eine qualifizierte Kraft sich wesentlich leichter den wechselnden Anforderungen des Berufslebens anpassen kann.

Die CDU Saar wird sich insbesondere darum bemühen, daß die besonderen Schwierigkeiten, mit denen Mädchen und junge Frauen bei der Ausbildungsuche zu kämpfen haben, behoben werden. Wir brauchen für diese Personengruppen ein breiteres Ausbildungsplatzangebot, gerade auch in gewerblich-technischen Berufen.

Darüber hinaus bleiben die Betriebe, die bisher noch nicht ausgebildet haben, aufgefordert, ihren Beitrag gegenüber der jungen Generation zu leisten.

Eine große Zahl von qualifizierten Ausbildungsplätzen ist nicht nur nötig, um der jungen Generation angemessene Berufs- und Lebenschancen zu geben. Ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot liegt gerade im Interesse der Betriebe selbst; denn sie sind zur Sicherung ihrer eigenen Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit auf einen guten Berufsnachwuchs angewiesen. Zudem verstößt es gegen die Wettbewerbsgleichheit, wenn Betriebe nicht ausbilden und sich

so einen Kostenvorteil gegenüber jenen Betrieben verschaffen, die die Aufwendung für die Qualifizierung der Arbeitskräfte tragen.

Die CDU Saar hält auch für die Zukunft am bewährten dualen System der Berufsausbildung fest, fördert die überbetriebliche Ausbildung in ihrer Ergänzungsfunktion und plädiert für die verstärkte Schaffung von Ausbildungsverbänden. Diesem Ziel dient auch die im Jahre 1984 erstmals beschlossene finanzielle Förderung von Ausbildungsplätzen im Verbund.

Jugendarbeit – mehr als Freizeitgestaltung

Moderne Industriegesellschaften machen es jungen Menschen nicht leicht, sich in ihnen zu entfalten und ihren Weg zu finden. Freie Gesellschaften erzeugen unvermeidlicherweise auch spezifische Versuchungen und Gefährdungen. Daher kommt der Förderung differenzierter und wirksamer Angebote der Jugendarbeit eine besondere Bedeutung zu. Dieser Bedeutung muß auch in Zeiten knapper Ressourcen angemessen Rechnung getragen werden.

Jugendarbeit vollzieht sich zwar weitgehend in der Freizeit junger Menschen, will aber mehr sein als Freizeitgestaltung. Jugendarbeit hat einen eigenständigen pädagogischen Auftrag:

- Verständnis zu wecken und einzuüben, daß sich personale Entfaltung immer in Strukturen und Ordnungen vollzieht;
- die Einsicht zu vermitteln, daß eine zufriedenstellende Entfaltung der Person das Eingehen dauerhafter Bindungen erfordert;
- das Einüben in die Erfüllung von Pflichten und die Übernahme an Verantwortung zu ermöglichen;
- die Verschiedenartigkeit von Menschen darzulegen, die Vielfalt und Gegensätzlichkeit von Meinungen und Absichten zu tolerieren und nicht eigene Absolutheitsansprüche zu vertreten;
- Enttäuschungen zu ertragen und zu bewältigen, Begrenzungen und Einschränkungen zu akzeptieren, Selbstdisziplin und Beherrschung zu üben;
- die Bereitschaft zu wecken und zu verstärken, sich für den Mitmenschen einzusetzen und sich für die Gemeinschaft zu engagieren.

Die offensichtlich stärker gewordene Gefährdung der Jugend durch Alkohol- und Drogenmißbrauch, Verwahrlosung und andere zur Kriminalität führende Einflüsse weisen der Jugendarbeit prophylaktische und kompensatorische Aufgabenstellungen zu.

Jugendpolitik darf nicht zur Absonderung der Jugend beitragen; vielmehr muß sie darauf gerichtet sein, die jungen Bürger in die gemeinsam zu verantwortende gesellschaftliche Ordnung einzuführen und einzubeziehen.

Die Jugendarbeit einer freien Gesellschaft bietet der Entfaltung der Jugendlichen breiten Raum und vielfältige Möglichkeiten. Diese plurale Vielfalt wird durch die freien gesellschaftlichen Träger – z.B. durch Wohlfahrtsverbände, Jugendverbände und Initiativgruppen – mit ihren unterschiedlichen Angeboten repräsentiert.

Verbände, Initiativen und Gruppen bieten für Jugendliche ein breites und vielfältiges Feld des Engagements und der Mitgestaltung. Sie sind eine unersetzbare Einrichtung zur Einübung kontinuierlicher Mitverantwortung. Sie stellen eine wichtige Kraft der Interessenvertretung Jugendlicher und der politischen Willensbildung dar.

Die CDU Saar steht nach wie vor positiv zur frei gestalteten verbandlichen und zur nichtorganisierten, offenen Jugendarbeit im Saarland. Sie schätzt und fördert die vielen Aktivitäten und Angebote in diesen Bereichen.

Wir werden das seit dem Jahre 1978 bestehende Gesetz zur Förderung der außerschulischen Jugendarbeit fortentwickeln.

Gerade auch die Jugendarbeit der Vereinigungen, die sich volkskulturellen, sozialen oder caritativen Aufgaben widmen, soll weiterhin mit besonderer Aufgeschlossenheit bestmöglich unterstützt werden.

Jugendschutz besonders wichtig

Die CDU Saar begrüßt die Verabschiedung des neuen Jugendschutzgesetzes durch den Deutschen Bundestag. Der Schutz vor Darstellung von Gewalt, deren Verherrlichung und Verharmlosung, der Schutz vor Pornographie und zur Erziehung zum Rassenhaß ist nun deutlich verbessert.

Die Einhaltung gesetzlicher Regelungen muß allerdings mehr als bisher kontrolliert werden, damit nicht elterliche Erziehungsbemühungen von gewissenlosen Geschäftemachern immer wieder unterlaufen werden.

Jedem seine persönliche Bildungschance

Personale Selbstverwirklichung des Menschen in sozialer Verantwortung ist das bildungspolitische Ziel der CDU Saar. Dazu brauchen wir eine moderne und menschliche Schule, die lebensstüchtig macht. Diese Schule weckt und fördert alle Talente, die im Kind angelegt sind; sie entfaltet alle Kräfte, die ein menschliches und erfülltes Leben sichern: Die Kräfte des Verstandes und des Gefühles, die sozialen und künstlerischen, die praktischen und die körperlichen Fähigkeiten.

Eine solche ganzheitliche Erziehung ist nur möglich, wenn sich Lehrer und Eltern als Partner verstehen und an der einzelnen Schule vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Die Schule soll unsere Kinder an die menschlichen und beruflichen Anforderungen, die das Leben an sie stellen wird, schrittweise und altersgemäß heranzuführen. Dabei müssen die Schulen dem sozialstaatlichen Gebot der Chancengerechtigkeit entsprechen, also jedem ein Bildungsangebot eröffnen, das seiner persönlichen Begabung, Fähigkeit und Neigung entspricht.

Gegliedertes Schulsystem statt Einheitsschule

Unser gegliedertes Schulwesen bietet die besten Möglichkeiten, den einzelnen – unabhängig von seiner sozialen Herkunft – zu fördern. Hier findet der junge Mensch den ihm gemäßen Bildungsgang und verwirklicht seine persönlichen Lebenschancen. Eine gleichmacherische Einheitsschule lehnen wir ab.

Die Skepsis der CDU Saar gegenüber Mammutsystemen ist bekannt. Die Formel "je größer, je besser" hat sich als verhängnisvoller Irrglaube erwiesen. Wir haben im Saarland richtig gehandelt, indem wir nur maßvolle Zentralisierungen entsprechend tatsächlicher Notwendigkeit zugelassen haben. Unsere Politik für die Zukunft ist klar: Keine neue Zentralisierungswelle, keine Ausweitung des Schülertransports!

Wir wissen, daß uns der starke Rückgang der Schülerzahlen vor Probleme stellt. Diese Probleme sind auf bessere Weise als durch einen neuen "Schul-tourismus" zu lösen. Wir lassen auch kleine Schulen zu, wir senken weiter die Klassenfrequenzen. Lieber großzügige Lehrerzuweisung als Erhöhung der Transportkosten! Die vorhandenen Schulstandorte sollen bestehen bleiben: wohnort- und familiennah!

Schule in Freiheit und Verantwortung

Überschaubarkeit und Wohnortnähe ermöglichen es, daß sich in der Schule individuelles Leben entfalten kann. Die CDU Saar will nicht den anonymen Schüler und den Lehrer als bloßen Unterrichtsbeamten. Das erfordert die Stärkung der Funktion des Klassenlehrers, die Verbesserung der individuellen Beratung, die Intensivierung der Kontakte zum außerschulischen Lebensbereich, die Einbindung der Eltern in das Schulleben. Ein hoher Rang kommt dem Sport und der musischen Erziehung zu. Erziehung und Unterricht in einem freiheitlichen Staat gelingen am besten in einer Schule, in der Freiheit und nicht Enge, Verantwortung und nicht Gleichgültigkeit herrschen.

Wir wollen der einzelnen Schule Freiräume geben, die sie eigenverantwortlich nutzen kann. Dazu gehören: Abbau der Schulbürokratie, praxisnahe Durchführung der schulischen Mitbestimmung, die Auflockerung starrer Stundentafeln, Stundendeputate für besondere unterrichtliche Vorhaben. All dies soll nicht erzwungen und von oben angeordnet werden. Vielmehr wollen wir die Voraussetzungen schaffen für Eigeninitiative und regionale Ausprägung, Anregungen geben und bürokratische Hemmnisse beseitigen. Die von der Landesregierung bereits vorgenommene erhebliche Reduzierung der schulischen Erlasse war ein erster Schritt zur Entbürokratisierung im Schulbereich.

Vorrang der inneren Stabilisierung vor organisatorischen Änderungen

Die CDU Saar widerspricht dem blinden Glauben an die Organisierbarkeit aller Dinge. Die inhaltliche Weiterentwicklung hat Vorrang vor organisatorischen und strukturellen Änderungen. Bildungspolitik im Saarland hat Schulreform nie zum Selbstzweck gemacht. Wir befürworten Reformen nur soweit wie nötig und zur besseren Förderung des Kindes:

- durch Lehrer, die ihr Fach beherrschen, die ihren Schülern aber auch Verständnis und Liebe entgegenbringen und ihnen Vorbild sein wollen;
- durch Lehrpläne, die darauf abgestellt sind, was die Schüler in den verschiedenen Altersstufen tatsächlich begreifen können und was sie lernen müssen.

Jede Schulform hat hier ihre besondere Aufgabe:

Die Grundschule baut auf der vorschulischen Erziehung in Elternhaus und Kindergarten auf. Behutsam gestaltet sie den Übergang von den mehr spielorientierten Lernweisen in die schulischen Lebens- und Lernformen. Das Vermitteln der Grundfertigkeiten "Lesen, Schreiben und Rechnen" ist ihre wichtigste Aufgabe. Sie darf nicht zur "Trimm-Aktion" für das Gymnasium werden; sie darf auch nicht lern- und leistungsschwache Kinder benachteiligen und auslesen, anstatt zu fördern. Alles Lernen muß durch Individualisierung und innere Differenzierung auf das einzelne Kind abgestellt werden, von seiner Lebenswelt ausgehen und handlungsbezogen sein. Eine kindgerechte Grundschule muß Lernen, Spielen und Gestalten in gleicher Weise berücksichtigen. Sie soll daher verstärkt nicht nur eine Lernstätte zur Vermittlung der Grundfertigkeiten und -kenntnissen sein, sondern sich zu einer Lebensstätte für Kinder entwickeln. Hierzu können insbesondere zusätzliche Neigungsgruppen, aber auch eine wohnliche Ausgestaltung des Klassenraumes beitragen, an der die Schüler beteiligt werden.

Der Hauptschule, die als Pflichtschule von der Mehrheit der 10- bis 15-jährigen besucht wird, kommt in unserem Lande ein besonderes Gewicht zu. Gerade sie hat neue Akzente gesetzt: Durch Arbeitslehre, stärkere Betonung der musischen und sportlichen Bildung, durch besondere Hilfen für lernschwache und besondere Angebote für lernstarke Schüler.

Die Fähigkeiten und Neigungen der Hauptschüler lassen sich nicht allein durch Maßnahmen der inneren Differenzierung fördern. Daher bedarf die Hauptschule ab der Klassenstufe 7 zunehmend auch Maßnahmen der äußeren Differenzierung, wie sie im Sinne einer Doppelprofilierung in den Schulregionen Neunkirchen und St. Wendel sowie in der Schulregion Saarlouis in Schulversuchen erprobt und ab 1985 auf das ganze Land übertragen wird. Nach erfolgreichem Abschluß beider Schulversuche können künftig Absolventen der Hauptschule mit einem guten Zeugnis:

- ein Ausbildungsverhältnis eingehen,
- eine zweijährige Berufsfachschule besuchen oder auf einem nur einjährigen Bildungsweg einen allgemeinbildenden (Freiwilliges 10. Hauptschuljahr) oder berufsbildenden (Berufsgrundbildungsjahr Profil I) mittleren Bildungsabschluß erreichen oder
- auf einen zweijährigen Bildungsweg an der Realschule einen allgemeinbildenden, mittleren Bildungsabschluß erreichen.

Entsprechend der Nachfrage wurde das Angebot an Realschulen von der Landesregierung in den 70er Jahren erheblich erweitert. Die vierstufigen Realschulen ermöglichen auch noch nach Klasse 6 der Hauptschule Spätentwicklern und Spätstartern den Erwerb des mittleren Bildungsabschlusses. Die breitgefächerte Ausbildung eröffnet den Schülern vielfältige Übergangsmöglichkeiten

- in die breite Palette der beruflichen Bildung im technischen, kaufmännischen und sozialpflegerischen Bereich,

- in weiterführende Bildungsgänge, z.B. Höhere Handelsschule, Fachoberschule und Gymnasium.

Der Realschule ist auch in Zukunft ein eigenständiges Profil zu geben.

Unsere Landesregierung hat sich dankenswerterweise in Zeiten einer falsch verstandenen Bildungseuphorie nicht davon abbringen lassen, daß die Einheit der gymnasialen Bildung trotz aller Spezialisierung gewahrt bleiben muß. Dadurch wurde die Reform des saarländischen Gymnasiums zum Modellfall für andere Bundesländer. Der Bildungsweg des Gymnasiums zielt darauf ab, den Jugendlichen in stufenweisem Fortschreiten durch eine breite und vertiefte allgemeine Bildung zu erziehen. Dem Gymnasium obliegt die Aufgabe, Schülern mit entsprechenden Begabungen und Bildungsabsichten die allgemeine Studierfähigkeit zu geben. Dem muß die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe Rechnung tragen.

Wesentliche Aufgabe der Sonderschulen ist es, behinderten Kindern und Jugendlichen eine individuelle schülerbezogene Förderung zu ermöglichen und zu entsprechenden Schulabschlüssen zu führen. Dafür fehlen in anderen Schulen oftmals die notwendigen Voraussetzungen. Zugleich müssen die Sonderschulen noch stärker mit anderen Schulen, vor allem mit den Grundschulen, zusammenarbeiten, um früh genug Verhaltens-, Lern- und Sprachstörungen aufzufangen. Sonderschulen sind unverzichtbar, aber es sollte der Grundsatz gelten: So viel sonderpädagogische Förderung wie nötig, doch auch so viel gemeinsame Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten wie immer möglich.

Mit beruflicher Bildung die Zukunft sichern

Die beruflichen Schulen im Saarland haben ein beispielhaft hohes Niveau erreicht. Sie bieten die günstige Voraussetzung, auch in Zukunft im Rahmen des dualen Systems – Ausbildung in Schule und Betrieb – den jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten. In der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung sowie in der Sicherung eines ausreichenden Angebots an qualifizierten Ausbildungsplätzen sieht die CDU Saar eine ständige Aufgabe. Sie hält es deshalb erforderlich, daß

- ein differenziertes Angebot in den beruflichen Vollzeitschulen, besonders in den mehrjährigen Berufsschulen, bereitgehalten wird,
- Lehr- und Ausbildungspläne an den technologischen Fortschritt zur Sicherung notwendiger Strukturverbesserungen der Wirtschaft und auch der weiteren Humanisierung der Arbeit angepaßt werden; hier dürfen regionale Notwendigkeiten nicht von einer bundeseinheitlichen Einführung solcher Neuerungen abhängen,
- das Angebot an Berufsschulunterricht, verbunden mit einem weiteren Abbau von Fehlstunden in den Berufsschulen, gesichert und ausgebaut wird,
- Überbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen – die die betriebliche Ausbildungsqualität verbessern bzw. ergänzen – in Abstimmung mit den Trägern gefördert werden,

- leistungsschwächere Jugendliche nach ihrer Schulentlassung vor allem durch das Berufsvorbereitungsjahr eine gute Grundlage für den Eintritt ins Berufsleben erhalten,
- weitere Alternativen zum Hochschulstudium im berufsbildenden Schulwesen, z.B. in Form von Berufs- und Fachakademien, geschaffen werden.

Förderung von Forschung, Wissenschaft, Hochschulen von grundsätzlicher Bedeutung

Die Zahl der Studenten wird voraussichtlich bis 1990 weiter ansteigen. Die CDU Saar wird dafür Sorge tragen, daß auch dann die Universität ihre Aufgaben in der Lehre erfüllen kann. Wir wollen die Abschaffung von numerus clausus und Zentraler Vergabestelle von Studienplätzen und werden deshalb alle Initiativen unterstützen, die NC und ZVS überflüssig machen. Durch eine Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe muß das Abitur die allgemeine Hochschulreife gewährleisten. Die große Zahl von Studienabbrechern und Studienwechslern und der Umstand, daß sich in verschiedenen Bereichen ein Überangebot an Hochschulabgängern abzeichnet, zwingen dazu, insbesondere die Berufsberatung und Studienanfängerberatung noch weiter zu verstärken. Wir treten ein für eine Verkürzung der Studienzeit durch Konzentration der Inhalte. Wir werden die Studienreform durch eine sinnvolle Konzentration der Studieninhalte fortführen, um die wissenschaftliche Grundbildung zu verstärken, die Verschulung abzubauen und die Intensität des Studiums zu verbessern. Wir werden vor allem jene Fächer ausbauen, deren Studium nach den heutigen Erkenntnissen gute Berufschancen vermittelt.

Wir werden auch die Forschung im saarländischen Hochschulwesen nachhaltig unterstützen, zumal zur Lösung der Zukunftsprobleme unserer Gesellschaft und der Wirtschaft unseres Landes die Hilfe der Wissenschaft und Forschung benötigt wird. Neue Forschungsschwerpunkte und Studiengänge sollen deshalb vor allem unter Berücksichtigung der Infrastruktur unseres Landes ermöglicht und aufgebaut werden.

Universität und Saarländische Wirtschaft sind aufgefordert, den Technologietransfer zu verstärken und wirkungsvoll zu gestalten. Denn die Universität kann mit ihren Wissenschaftlern, mit ihrem breitgefächerten Forschungs- und Entwicklungspotential durch Bereitstellung von Informationen und apparativen Einrichtungen einen wesentlichen Beitrag zur Lösung von Innovationsproblemen leisten (Universität als Technologiepark).

Ein besonderes Anliegen der CDU Saar ist der weitere Ausbau der Fachhochschule mit der gleichzeitigen Einrichtung neuer Studiengänge, zumal für die Fachhochschulabsolventen vergleichsweise günstige Berufschancen bestehen.

Die CDU Saar sieht in der Musikhochschule ein Zentrum von großer künstlerischer Ausstrahlungskraft. Die dort wirkenden Lehrer und Künstler sowie die Studenten tragen den Ruf der Musikhochschule weit über die Grenzen unseres Landes und verdienen ungeschmählerte Förderung.

Erwachsenenbildung – ein bedeutsamer Bereich

Die CDU Saar sieht in der Erwachsenenbildung einen bedeutsamen eigenen Bereich des öffentlichen Bildungswesens. Sie begrüßt die mannigfaltigen Initiativen der Träger dieser Bildungseinrichtungen, die sie nach besten Kräften unterstützen wird. Sie anerkennt die wachsende Bedeutung der Weiterbildung, die unsere Bürger immer mehr befähigen soll, den Herausforderungen der Zeit in gesellschaftlichem und persönlichem Bereich gewachsen zu sein.

Pflege und Erhaltung des kulturellen Erbes – Förderung der Kunst

Gerade weil unser Land infolge seiner wechselvollen Geschichte nicht überreich an Kunstdenkmälern ist, bedarf es einer sorgfältigen Denkmalpflege. Zu den Maßnahmen der öffentlichen Hand müssen sich der Kunst- und Geschichtssinn der Bürger hinzugesellen, damit Kultur als lebendiger Besitz des Volkes gepflegt und nicht als totes Erbe konserviert wird. Das eingeleitete Programm "Bewahre das Gesicht deines Hauses" und das ebenfalls in Angriff genommene Dringlichkeitsprogramm zum Schutz bedrohter Denkmäler bedürfen in den nächsten Jahren einer kraftvollen Fortführung. Beide Programme sollen nicht nur der staatlichen Denkmalpflege neue Impulse geben, sondern gleichzeitig das Denkmalpflegebewußtsein der Bevölkerung neu beleben. Gerade solche Investitionen dienen nicht nur der ideellen und materiellen Werterhaltung, sie steigern auch die Attraktivität unserer Städte und Dörfer auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs.

Die saarländischen Museen, Orchester und Theater sind dabei, sich über die Grenzen des Landes hinaus Geltung und Beachtung zu verschaffen: Diese Entwicklung ist nachhaltig zu unterstützen.

Kunsthilfe bedeutet aber nicht nur Förderung der professionellen Kunst. Die CDU Saar hat allen Anlaß dazu, den vielen Musik-, Gesang- und Kulturvereinen in unserem Land für ihre wertvolle und selbstlose Arbeit zu danken, die vor allem durch die musische Unterweisung der Jugend in den Vereinen geleistet wird. Es ist daher ein besonderes Anliegen der CDU Saar, über eine bereits vorbildlich geleistete staatliche Vereinsförderung hinaus der außerschulischen musisch-kulturellen Bildung den ihr zustehenden Stellenwert zu verschaffen. Dem dient auch die Errichtung einer Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung.

Sport für alle

Für die Bildung der Persönlichkeit, die Erhaltung der Gesundheit und die Pflege von Gemeinschaftsbewußtsein hat der Sport eine herausragende Bedeutung. Das Saarland verfügt über ein vorbildliches Netz an Sportstätten und Sporthallen und bietet somit allen Bürgern bestmögliche Voraussetzungen für eine ihren Neigungen entsprechende sportliche Betätigung. Das eigenständige saarländische Modell der Sportförderung hat sich bewährt und gilt als vorbildlich für andere Bundesländer. Es wird deshalb auch in Zukunft zum Nutzen der Sportvereine und -verbände sowie zur Förderung des Sportstättenbaues erhalten bleiben.

Für die Zukunft sieht die CDU Saar in der Förderung des Sports folgende Schwerpunkte:

- Die speziellen Förderprogramme für Kinder im Vorschulalter, für bewegungsgehemmte und für haltungsschwache Kinder sowie für behinderte Kinder sind weiter zu entwickeln.
- Die dritte Sportstunde ist an allen allgemeinbildenden Schulen zu verwirklichen; die Situation des Sports in den beruflichen Schulen soll entscheidend verbessert werden.
- Die Sportvereine sollen sich auch künftig frei entfalten und müssen jene finanzielle Förderung erfahren, die sie bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben im Dienste unserer Bevölkerung benötigen.
- Das Schwergewicht der Sportstättenförderung muß künftig in der Erhaltung und qualitativen Verbesserung vorhandener Sportstätten liegen.

Unser Saarland – für eine Zukunft in Freiheit, Sicherheit und Frieden

Seit nunmehr fast 3 Jahrzehnten werden die Geschicke unseres Saarlandes von der Christlich-Demokratischen Union maßgeblich gelenkt.

Diese 30 Jahre haben unserem Leben Wohlstand, innere Sicherheit und Frieden in Freiheit gebracht.

Am 10. März 1985 gilt es, die Weichen dafür zu stellen, daß wir und unsere Kinder auch eine gesicherte, friedliche und freiheitliche Zukunft erwarten können. Frieden und Freiheit bleiben uns erhalten, wenn innere Sicherheit und Stabilität des Staates und der Gesellschaft gewährleistet sind.

Das Selbstbestimmungsrecht, wie es unsere französischen Freunde nach 1955 uns Saarländern selbstverständlich gewährt haben, ist Grundbedingung für eine freiheitliche und friedliche Entwicklung. Viele Sozialdemokraten und die Grünen setzen mit ihren Forderungen nach einseitiger Abrüstung und Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO sowie Preisgabe rechtsstaatlicher Prinzipien unseren Staat aufs Spiel. Sie riskieren damit die Gefährdung unserer inneren und äußeren Sicherheit, machen uns erpreßbar und bedrohen letztlich unser Selbstbestimmungsrecht. Hier gilt es, den Anfängen zu wehren! Wir, die CDU Saar, bekennen uns – wie die übergroße Mehrzahl unserer saarländischen Landsleute – zur Bewahrung von Freiheit und Frieden durch die Erhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit nach Außen und unserer rechtsstaatlichen Ordnung im Innern.

Für die äußere Sicherheit und den Schutz unseres Selbstbestimmungsrechtes brauchen wir unsere europäischen und amerikanischen Partner in der NATO. Wenn wir uns nicht in eine sowjetische Abhängigkeit begeben wollen, dann haben wir keine Alternative zum westlichen Verteidigungsbündnis. Nur auf diese Weise ist es uns in den letzten 3 Jahrzehnten gelungen, Frieden und Freiheit für unser Land zu wahren, und nur auf diese Weise wird uns das auch für die Zukunft gelingen. Der Frieden muß verteidigt werden, damit nicht an die

Stelle des Friedens und der den Frieden begründenden Gerechtigkeit, Freiheit und Liebe schließlich Gewalt, Unfreiheit, Haß und Rechtlosigkeit treten.

Wir bekennen uns zur Bundeswehr, die unsere Sicherheit verteidigt, die Frieden in Freiheit gewährleistet. Der Dienst unserer jungen Mitbürger in der Bundeswehr ist Friedensdienst. Wir wenden uns entschieden gegen jene, die zur generellen Verweigerung des Dienstes in der Bundeswehr aufrufen und die dienstleistenden Söhne unserer Familien mit Verbrechern auf eine Stufe stellen wollen.

Für die innere Stabilität unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung brauchen wir die Mitwirkung und Zustimmung der Bürger und den Respekt vor dem Rechtsstaat und seinen Institutionen. Nur wer im Innern Frieden halten kann, wird auch zur Erhaltung des äußeren Friedens fähig sein. Böse Schlagworte wie die Drohung, unser Land "unregierbar" zu machen, sind nicht geeignet, Friedfertigkeit und Bereitschaft zum Ausgleich in unserer Gesellschaft zu fördern. Wer solche Drohungen äußert, muß sich nach seiner Verantwortung für den inneren Frieden und für den Bestand der demokratischen Ordnung fragen lassen. Wer sich so verhält, spricht sich selbst die Fähigkeit zur Regierungsverantwortung ab.

Wir, die Christlich-Demokratische Union des Saarlandes, werden durch die Wahrung der Grundsätze unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates unser Land regierungsfähig erhalten und ihm eine sichere Zukunft geben. Wir werden Toleranz und Liberalität im Innern fördern und dabei gleichzeitig dafür sorgen, daß die Rechtsstaatlichkeit jeglichen Handelns gewahrt bleibt. Friedfertigkeit im Innern hilft, den Frieden nach Außen und unsere Freiheit zu erhalten. Durch enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Freunden im Westen, den Partnern im Nordatlantischen Bündnis werden wir unser Land auf friedliche Weise weiter voranbringen.

Wer mit uns für die Sicherung von Frieden und Freiheit und Recht eintritt,

wer auch künftig ein stabiles Saarland will sowie eine berechenbare saarländische Politik,

wird am 10. März der Christlich-Demokratischen Union Saar seine Stimme geben.

Wir sind mit ganzem Herzen dabei – für unser Saarland!

